

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingeschrieben in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gehob. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brep. Druck von C. A. S. Meißner & Co. beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prüll, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

Berichterstattung über den parteikommunistischen Gewerkschaftskongress?

Die Delegierten des von der Kommunistischen Partei einberufenen sogenannten Gewerkschaftskongresses sind keine Vertreter der freien Gewerkschaften. Sie sind zu diesem Kongress gegangen nicht als Gewerkschafter, sondern als Parteikommunisten, und nicht im Interesse der Gewerkschaften, sondern im Interesse der Kommunistischen Partei und gegen die Gewerkschaften.

Es wird jetzt versucht werden, in unseren Mitgliederversammlungen über den Kongress der KPD Bericht erstatten zu lassen. Anträge, die eine solche Berichterstattung verlangen, können weder zur Diskussion gestellt, noch kann über sie abgestimmt werden. Die Kommunistische Partei ist eine arbeiterfeindliche Partei, weil ihre ganze Tätigkeit sich erschöpft in der Bekämpfung einer vernunftgemäßen Gewerkschaftsleitung und einer vernünftigen Politik überhaupt. In der Kommunistischen Partei ist nicht Vernunft, sondern Brutalität das leitende Motiv.

Eine Berichterstattung über den kommunistischen Kongress soll den Zweck haben, die gesunde und vernünftige Gewerkschaftspraxis zu diskreditieren, die Gewerkschaften und ihre Funktionäre zu beschimpfen, deren unermüdete Arbeit für die Arbeiterchaft als Verrat hinzustellen. Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß es geradezu Selbstmord wäre, wenn Zahlstellenleitungen eine Berichterstattung über den KPD-Kongress zuließen. Eine solche Zahlstellenleitung würde selbst verbandsschädigend handeln. Nichtmitglieder — die evtl. als Berichterstatter auftreten wollen — haben in unseren Mitgliederversammlungen nichts zu suchen. Mitglieder unseres Verbandes können als Berichterstatter nicht auftreten, denn durch die Teilnahme an dem gewerkschaftsfeindlichen Kongress der KPD haben sie bereits ihre Mitgliedschaft verwirkt.

Der Hauptvorstand.

Die geplanten Agrarzölle.

Die Krise der Landwirtschaft bringt immer wieder neue Pläne an die Öffentlichkeit. Der derzeitige Reichsernährungsminister legt soeben ein Programm vor, das auf die primitivsten Behelfsmittel zurückgreift. Der Roggenzoll ist ja bekanntlich bereits im Juli von 5 auf 6 Mk. erhöht worden. Am 15. Februar nächsten Jahres folgt ein erhöhter Weizenzoll von 5 Mk. auf 6,50 und 7,50 Mk. Jetzt schlägt der Minister einen Ausgleichszuschlag von 2,50 Mk. vor, so daß die deutschen Getreidezölle alsbald mit 9,50 Mk. für Roggen und 7 Mk. für Weizen zollgeschützt sind. Das ist eine Verdoppelung gegenüber der Vorkriegszeit, wo die Getreidezölle 5 bzw. 5,50 Mk. betragen. Bei günstiger Preisgestaltung soll allerdings der erhöhte Zoll nicht zur Anwendung kommen. In erster Linie wird also das Problem vom Getreidekörnerbau angefaßt, und hier verfaßt man auf die allereinfachsten Dinge. Jedermann weiß, daß die Gesundung der Landwirtschaft weniger von der Getreidewirtschaft, sondern mehr von der Verbesserung und Erweiterung der Vieh- und Milchwirtschaft, Steigerung der Geflügelzucht, Erweiterung des Obst- und Gemüsebaues usw. abhängt. Mit den geplanten Maßnahmen soll es überdies noch nicht genug sein. Es ist beabsichtigt, größere Mengen Roggen einzulagern und ihn zu Futtermitteln bei der Schweinemast zu verwenden. Mit Polen gemeinsam soll eine Export- und Importorganisation geschaffen werden, womit das Monopol für den Roggen vollständig sein dürfte. Die Gesundung der Landwirtschaft läßt sich dadurch nicht herbeiführen, sondern die Krise wird nur verlängert. An den Konsumenten scheint man bei der ganzen Angelegenheit überhaupt nicht gedacht zu haben. Die „Frankf. Zeitung“ hat nicht unrecht, wenn sie dazu schreibt:

Deutschland ist ein merkwürdiges Land. Es ist wohl so ziemlich das einzige Land der Welt, in dem es dem Anscheine nach überhaupt keine Konsumenten, sondern nur Produzenten gibt. Die Folge ist, daß jeder sich nur um den Zoll kümmert, der ihm seine eigene Produktion schützen soll, und daß er ihn auch durchsetzt, wenn er nur laut genug danach schreit. Darum aber, was nun bei solchen Zollmethoden aus der Gesamtwirtschaft wird, wie ihre Produktionskosten dadurch erhöht werden, wie ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt dadurch sinkt — danach wird überhaupt nicht gefragt, nicht einmal von denen, die uns mit ihrem Rufe nach der „freien Wirtschaft“ dauernd in den Ohren liegen. Wozu auch? Es ist ja so viel bequemer, über den Staat und seine Steuern oder über die Arbeiter und ihre Begehrlichkeit zu jammern und zu schimpfen. Denn mit der wirklich freien Wirtschaft, die die Zollpolizei aufgabe, könnte man ja in die Verlegenheit kommen, sogar bei sich selbst den Anfang machen zu müssen. Also denkt man lieber nicht darüber nach.

Wirtschaftsdemokratie und Berufsschule.

Im Zeitalter der politischen Demokratie mißt man der Bürgerkunde als Unterrichtsfach immer größere Bedeutung bei. Im Zeichen beginnender Wirtschaftsdemokratie sollte man jetzt den Anfang machen, die Wirtschaftskunde als Unterrichtsfach in die Berufsschule einzuführen. In Preußen sind die Bestimmungen für die gewerblichen Fortbildungsschulen aus dem Jahre 1911 noch in Kraft. In vieler Beziehung müssen diese Bestimmungen als veraltet angesehen werden, da den heutigen politischen und wirtschaftlichen Veränderungen nicht Rechnung getragen wurde. So sagen diese Bestimmungen über den Unterricht folgendes: „Die Erörterung wirtschaftlicher und rechtlicher Grundbegriffe muß zurücktreten, eine planmäßige Darstellung ihrer Zusammenhänge ist nicht Sache der Fortbildungsschule.“ Es ist undenkbar, daß der Arbeiter sich heute in der Welt zurechtfindet und das wirtschaftliche Leben mit Verständnis beob-

mit Maschinen ausgerüstet ist, veranschaulichen. Auch wenn der Schüler mit Holz oder Metall in seiner Fabrik nichts zu tun hat, so werden ihm doch die Grundbegriffe der Fabrikorganisation klar. Man soll nicht einwenden, daß derartige Stoffe für die Fabrikarbeitschule zu schwer seien. Dasselbe könnte man von der Staatsbürgerkunde behaupten, die heute durch elementare Lehrbücher und graphische Lehrmethoden dem Schüler ohne Schwierigkeit nahe gebracht wird. — Daneben muß der Schüler ein allgemeines Bild vom Wirtschaftsleben gewinnen. Die wichtigsten Tatsachen aus der Volks- und Privatwirtschaftslehre müssen in den Lehrplan aufgenommen werden. Damit soll keineswegs den Betriebsrätschulen und Fortbildungskursen der Gewerkschaften vorgegriffen werden. Die Berufsschule ist nur als Vorbereitungsschule hierfür zu betrachten. Wir würden dann das gleiche Bild haben wie bei den politischen Parteien. Die Berufsschule führt allgemein in das Staatsleben und die Staatsbürgerkunde ein. Die spätere weitere Schulung ist jedem einzelnen in seiner Partei überlassen. So soll auch die Wirtschaftskunde in der Berufsschule allgemein in das Wirtschaftsleben einführen. Die weitere Fortbildung müssen die Gewerkschaften selbst übernehmen. Da aber von der Bildungsarbeit der Gewerkschaften immer nur ein kleiner Teil der Arbeiter erfaßt wird, wird durch die Wirtschaftskunde in den Berufsschulen erreicht, daß alle wenigstens etwas vom wirtschaftlichen Leben wissen.

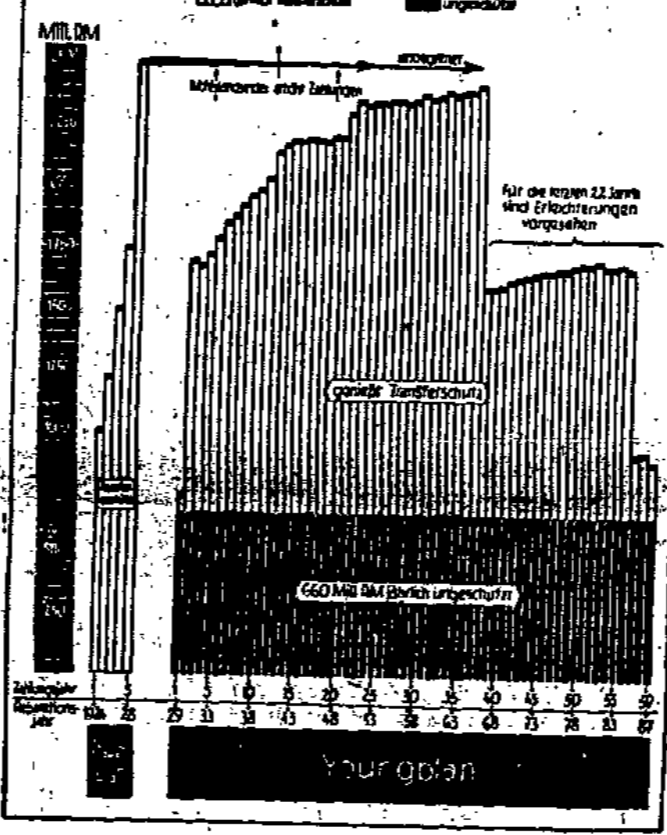
Durch eine Fabrikarbeitschule, in deren Mittelpunkt diese Wirtschaftskunde steht, wird auch diese Schulart eine zweckmäßige und nützliche Einrichtung. Bislang müssen die Schüler vielfach große Opfer an Geld und Zeit für ihre „Ungelerntenschule“ aufbringen, während sie den Nutzen der Schule selbst niedrig einschätzen. Wirtschaftsdemokratie ist erst dann möglich, wenn der Arbeiter in wirtschaftlichen Dingen genau so unterrichtet ist wie in den staatsbürgerlichen.

Eng zusammen mit der Ausgestaltung der Fabrikarbeitschule hängt die Ausbildung geeigneter Lehrer für diese Schulart. Die nebenamtliche Erteilung des Unterrichts durch Volksschullehrer muß grundsätzlich abgelehnt werden. Es kommen nur Lehrer in Frage, die sich mit ihrer ganzen Persönlichkeit in den Dienst der Fabrikarbeitschulen stellen. Darum ist es bedauerlich, daß in Preußen seit Jahren keine Lehrer mehr für die Ungelerntenklassen ausgebildet werden. Die berufspädagogischen Tagungen in Hamburg, Essen und Frankfurt, die sich mit den Fragen der Beschulung der Ungelernten befaßt haben, haben hauptsächlich nur methodische Erörterungen gebracht. Die Hauptfrage, wie man aus den Ungelerntenschulen „Berufsschulen“ macht, ist nicht gelöst worden. Die Lösung dieser Aufgabe muß das Ziel der nächsten Zukunft sein.

Beschleunigte Kapitalbildung oder Überprofite?

Aber die Notwendigkeit einer ausreichenden Kapitalbildung für den Ausbau und die Vervollkommnung des Produktionsapparates bestehen keine Meinungsverschiedenheiten. Die Produktivkräfte dürfen nicht allein im Dienste des letzten Verbrauchs stehen, vielmehr muß ein Teil der vorhandenen Kapitalien und Arbeitskräfte der Vorbereitung zukünftiger Produktion dienen. Die Meinungsverschiedenheiten beziehen sich einmal auf Ausmaß und Tempo der Kapitalbildung. Auf der einen Seite wird mit Rücksicht auf die Kapitalknappheit eine Vergrößerung des Umfangs und eine Beschleunigung des Tempos der Kapitalbildung gefordert, während auf der anderen Seite auf die Gefahren einer solchen Beschleunigung: übermäßige Ausdehnung von Produktionsanlagen in bereits allzu leistungsfähigen Produktionszweigen und eine untragbare Einschränkung des letzten Verbrauchs hingewiesen wird. Die Befürworter der beschleunigten Kapitalbildung berufen sich auf den hohen Zinsfuß, der ein Gradmesser der Kapitalknappheit sei und allein durch beschleunigte Kapitalbildung gesenkt werden könne. Demgegenüber kann dreierlei eingewendet werden: einmal, daß der hohe Zinsfuß unter Umständen nicht der Ausdruck einer absoluten Kapitalknappheit zu sein braucht, sondern das Zeichen einer stürmischen Entwicklung der Wirtschaft und einer allzuweit getriebenen Rationalisierung sei. Zweitens, daß der Zinsfuß auch durch Heranziehung von Auslandsanleihen gesenkt werden könne. Drittens kann aber auch gezeigt werden, daß jener behauptete hohe Zinsfuß für die kartellierte Großindustrie, d. h. für einen entscheidend wichtigen Teil der Wirtschaft, überhaupt nicht besteht. Jene Unternehmungen bestreiten nämlich ihren Kapitalbedarf zum größten Teil aus ihren laufenden Gewinnen, für die sie demnach keine Zinsen zu zahlen brauchen, und ziehen fremdes Kapital allein zur Deckung ihres Spitzenbedarfs heran. Aus der Mischung der zinslosen Eigenkapitalien mit den hochverzinslichen Fremdkapitalien entsteht dann für sie eine verhältnismäßig sehr niedrige Zinsbelastung. Es sind allein die anderen Teile der Volkswirtschaft, in erster Linie die Wirtschaft der öffentlichen Hand, die unter der hohen Zinslast zu leiden haben, und zwar zum großen Teil gerade deshalb, weil die andere Gruppe sich von der hohen Zinslast zu befreien in der Lage ist.

Die Zahlungen nach Dawes- und Youngplan



Dawesplan und Youngplan.

Die wesentlichsten Vorteile des Youngplanes gegenüber dem Dawesplan sind, daß er „eine vollständige und endgültige Regelung der Reparationsfrage“ zu schaffen vermag, daß seine Zahlungen begrenzt ist, die Zahlungen genau festgelegt sind, die Jahresraten langsam steigen und der Zuschlag aus dem Wohlfahrtsindex beseitigt ist. Die ausländische Kontrolle fällt weg, an ihre Stelle tritt die bankmäßige Verwaltung der Reparationszahlungen. Außerdem wird das System der Pfänder, durch das wertvolle Teile des deutschen Volksvermögens und Volkseinkommens den Gläubigermächten verpfändet waren, beseitigt.

achtet, wenn nicht eine planmäßige Darstellung wirtschaftlicher Zusammenhänge schon in der Schule geboten wird. In der Volksschule sind wirtschaftliche Erörterungen nicht notwendig, weil der Junge dem Wirtschaftsleben noch fernsteht. Ganz anders ist es jedoch nach der Schulentlassung. Hier ist Wirtschaftskunde genau so wichtig wie Staatsbürgerkunde, weil der Jugendliche jetzt in den Wirtschaftsprozess eingetreten ist. In die wichtigsten staatsbürgerlichen Rechte tritt er dagegen erst mit dem 20. Lebensjahre ein.

Die Berufsschule für „Ungelernte“ ist immer noch gegenüber den kaufmännischen und gewerblichen Berufsschulen rückständig. Was ihr not tut, ist, daß sie endlich von der „Fortbildungsschule“ Schule sich zu einer wirklichen Berufsschule entwickelt. Die Handwerkerchule hat diese Entwicklung bereits hinter sich. In ihr steht der Beruf jetzt im Mittelpunkt des Unterrichts. Für die Schule der Ungelernten ist eine Fortentwicklung zur eigentlichen Berufsschule naturgemäß schwieriger, weil sich die große Gruppe der Ungelernten aus jungen Leuten zusammensetzt, welche ganz verschiedenen Beschäftigungen nachgehen. Wir haben hier Laufburschen, Boten, Aushelfer, Hilfsarbeiter und Fabrikarbeiter durcheinander. Es ist darum zuerst notwendig, gesonderte Klassen für Fabrikarbeiter zu bilden.

Was soll nun als Berufskunde in diesen Klassen behandelt werden? M. E. eine Wirtschaftskunde, die verschiedene Gebiete umfaßt. Zuerst muß der jugendliche Fabrikarbeiter bekannt werden mit den Produktionsformen bis zur Organisation der modernen Fabriken. Dazu genügt es nicht, daß der Lehrer diese Stoffe rein theoretisch behandelt, sondern in einer Schulwerkstatt müssen diese Formen praktisch vorgeführt werden. Die Schüler müssen, soweit zugänglich, auch nach diesen verschiedenen alten Methoden arbeiten. Den wichtigsten Teil nimmt die Behandlung der gegenwärtigen Produktionsmethoden in Anspruch. Der Schüler soll Bescheid wissen von Taylor, Gilbreth, Ford, Bedeaur, von Fließarbeit und Psychotechnik. Alle diese Arbeitsverfahren lassen sich in ihrem Prinzip sehr wohl in einer Holz- oder Metallwerkstatt, die

Die andere Meinungsverschiedenheit bezieht sich darauf, an welchen Stellen die wirtschaftlich notwendige Kapitalbildung erfolgen soll. In der kapitalistischen Wirtschaft sind die Profite die hauptsächlichste Quelle der Kapitalbildung, da nur ein Teil der Gewinne verbraucht, der andere aber zurückgestellt wird. Doch gibt es auch andere Formen der Kapitalbildung: wie Ersparnisse der Arbeiter, Angestellten und Beamten; die Kapitalbildung bei der öffentlichen Hand und in der Gemeinwirtschaft; endlich die Kapitalbildung der sozialen Anstalten. Die Unternehmer wollen die Kapitalbildung aus Profiten, die Arbeiterklasse aber aus den anderen Quellen steigern. Es liegt auf der Hand, daß es der Arbeiterklasse nicht gleichgültig, ja von großer Bedeutung ist, wo sich die Kapitalbildung vollzieht. Es ist uns vollkommen unverständlich, wie der Bonner Nationalökonom Prof. Joseph Schumpeter in seinem Aufsatz im „Deutschen Volkswirt“ „Was vermag eine Finanzreform?“ sagen kann, daß es jedermann gleichgültig sein kann, wo Kapitalbildung erfolgt, wenn sie nur überhaupt erfolgt, und daß sich an die Kapitalbildung keine Klasseninteressen knüpfen!

Prof. Schumpeter will die Arbeiterklasse auch damit trösten, daß die auf Kosten der Löhne und der Sozialpolitik oder durch Steuerentlastung des Besitzes erzwungene Kapitalbildung nicht eine Einschränkung des Verbrauchs bedeutet. Die zurückgestellten Kapitalien liegen ja nicht brach, sie werden für den Ausbau von Anlagen usw. verwendet, werden daher in Form von Löhnen, Gehältern usw. wieder ausgegeben. Sie werden demnach nicht dem Verbrauch überhaupt, sondern nur dem Verbrauch jener entzogen, denen diese zurückgestellten Summen sonst zugefallen wären.“ Für Prof. Schumpeter scheint es gleichgültig zu sein, wessen Verbrauch gesteigert wird. Bei der Anlagensättigung entstehen ja stets neue Profite für die Unternehmer und neue Grundrenten für Landwirte und Rohstoffbesitzer. Der Fonds für den Luxuskonsum der Unternehmer wird entsprechend wachsen. Der Mehrverbrauch der Arbeiterklasse durch die vergrößerte Anlagensättigung wird demnach nur zu einem Teil die Verbrauchseinschränkung wettmachen, die ihr durch niedrige Löhne oder Massensteuern aufgezogen wurde. Die beschleunigte Kapitalbildung mag erforderlich sein oder nicht: sie wird zweifellos die Einschränkung des letzten Verbrauchs zur unannehmbaren Folge haben.

Wir werden dann von Prof. Schumpeter noch weiter beruhigt: er stellt uns, wenn nur die Kapitalbildung nach seinen Wünschen gefördert würde, die Steigerung der Reallohne mit aller Sicherheit in Aussicht. Er beklagt in diesem Zusammenhang, daß die Preise allerdings nicht sinken können, weil „die wichtigsten Kostenposten politisch fixiert sind“. In diesem Punkte wiederholt Prof. Schumpeter die Ansichten, die er seit längerer Zeit in Unternehmerversammlungen und in der Arbeitgeberpresse vertritt, daß die gegenwärtige Lohnbildung, die Sozialpolitik und die Finanzpolitik, indem sie die Kapitalbildung erschweren und der Preislenkung im Wege stehen, zu Verluſtwirtschaft, zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit führen und die Erhöhung der Reallohne verhindern.

Man findet hier die vom schwedischen Nationalökonom Cassel seit Jahr und Tag vorgebrachte Lehre wieder, wenn sie, auch von Schumpeter mit größerem Glanz und Scharfsinn entwickelt wird. Vor zwei Jahren war Professor Schumpeter noch anderer Meinung. Damals sagte er: Die Lehre von Cassel in allen Ehren, sie sei jedoch nur für eine Wirtschaft gültig, in der die freie Konkurrenz herrscht. Damit ist es aber gründlich vorbei. Wir leben in einer Zeit, wo die Wirtschaft von den Kartellen und anderen Monopolorganisationen beherrscht wird, wo sich also die Preisbildung, damit auch die Gestaltung der Reallohne wie des Arbeitsmarktes nicht mehr nach jenen von Cassel für die freie Wirtschaft aufgestellten Gesetzen vollzieht. Heute redet Prof. Schumpeter nur noch davon, daß wichtigste Kostenelemente „politisch“ bestimmt werden, und nicht mehr davon, daß auch von Kartellen und Monopolorganisationen künstlich wichtige Kostenelemente bestimmt werden. Prof. Schumpeter fordert jetzt die Entlastung der Unternehmer von Lohnsteigerungen, sozialen Aufwendungen und von Steuern, verspricht für diesen Fall eine bessere Zukunft, insbesondere die Steigerung der Reallohne, vergißt aber davon zu sprechen, daß in der Monopolwirtschaft alle jene Wirkungen ganz anders geartet sind. Wir haben mit Erfahren festgestellt müssen, daß er die Kartelle und Monopolorganisationen bereits seit Jahren nicht mehr erwähnt! Es wäre höchst aufschlußreich, zu erfahren, weshalb Professor Schumpeter die Monopole so gründlich vergaß? Wegen des Wandels seiner Ansichten könnte man dem berühmten Professor keinen Vorwurf machen, wenn er begründet hätte, weshalb seine damalige Kritik irrtümlich war, und wodurch er eines Besseren belehrt wurde.

So möchten wir uns keine Illusionen machen: Eine beschleunigte Kapitalbildung, nur in den Händen der Kapitalisten, wird der Arbeiterklasse zunächst die Einschränkung ihres Verbrauchs anferlegen. Die Reallohne werden sich zunächst nicht erhöhen; deren Erhöhung in Zukunft erfordert aber besondere Kontrollmaßnahmen.

Wann jedoch die Frage nach der Kapitalbildung so gestellt wird, wie es im übrigen auch bei Prof. Schumpeter geschieht, daß man für die Kapitalbildung Opfer bringen muß, so stimmen auch wir in dieser Ansicht zu, gerade weil wir die Bedeutung der Kapitalbildung nicht unterschätzen. Die Arbeiterklasse hat gewiß schon reichlich Opfer gebracht. Und die andere Seite? Sie hat unendlichen Geschehen gemacht. Was insbesondere die Staatsfinanzen anlangt, so steht sie grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß das Steuerwesen im Sinne der Steuergerechtigkeit und des Ausgleichs der Einkommensunterschiede umgestaltet werden soll. Da die Staatseinnahmen heute noch zum größten Teil aus Zölle aus Massenbelastung abgebracht werden, so muß eine weitere Belastung der arbeitenden Massen verhindert werden. Die Fragen nach den Opfern für die beschleunigte Kapitalbildung lauten also: Wie weit diese Opfer gehen können? In welchen Formen sie gebracht werden sollen? Auf welche Gebiete sie sich nicht erstrecken dürfen? Welche Kreise noch außer der Arbeiterklasse zu den Opfern hinzugezogen werden? Um die Antwort auf diese Fragen anzudeuten: 1. Das Opfer der Gegenwart für die Zukunft darf den Lebensunterhalt der zur Zeit in Arbeit stehenden Bevölkerung nicht weiter einschränken, allein das Tempo ihrer

Verbesserung verlangsamen. 2. Das Opfer soll möglichst durch gleichzeitige Stärkung der Kapitalbildung der öffentlichen Hand gebracht werden. 3. Es darf nicht auf Sozialpolitik ausgebeugt werden. 4. Der Luxuskonsum der Unternehmer und der Rentner muß ebenfalls erfaßt und der Kapitalbildung zugeführt werden. 5. Endlich muß auch eine Verschiebung der Kapitalbildung bei ihren Trägern (außer der erwähnten Verschiebung zugunsten der öffentlichen Hand) erfolgen: die Abtropfprote der monopolistischen Organisationen, die volkswirtschaftlich betrachtet, häufig zu Fehlinvestitionen führen, müssen durch Steuerpolitik und Monopolkontrolle an andere Stellen geleitet werden, wo sie im Dienste einer volkswirtschaftlich nützlicheren Kapitalbildung stehen könnten.

Unsere abweichenden Auffassungen sind in den grundsätzlichen Gegensätzen begründet, die uns von der Unternehmerklasse trennen. So erblicken wir z. B. im Ausbau der Sozialpolitik die wichtigste Art der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung, da wir der Meinung sind, daß der Aufstieg der Wirtschaft nicht allein durch den Ausbau von Produktionsmitteln, sondern zumindest in gleicher Weise von der Gesunderhaltung und kulturellen Förderung der Arbeitnehmer abhängig ist. Auch sonst legen wir aber den Begriff „Kapitalbildung“ anders aus als die Unternehmer und ihre Organe. Sie reden von Kapitalbildung und denken an Profite. Wir reden von

Die Wurzel des sozialen Elends.

Der Gebrauch aller Dinge auf dieser Welt soll gemeinsam sein. Es ist die Ungerechtigkeit, die zu einem sagen ließ: Das ist mein, und zum anderen: Das gehört mir. Von daher ist die Zwietracht unter die Sterblichen gekommen.“

So lehrte der heilige Clemens, Bischof von Rom, gest. 102 n. Chr.

Gleichheit ist das heiligste Gesetz der Menschheit. Dem Vermögenden lebt ein ewiger Gegner in dem Ärmern, stets bereit, ihn zu bekriegen. Schiller.

Das ganze Lohnsystem ist ein Greuel, nicht nur wegen der sozialen Ungerechtigkeit, die es verursacht und verewigt, sondern auch, weil es den, der die Arbeit tut, von dem Zwecke trennt, für den sie getan wird. Bertrand Russell.

Kapitalbildung und denken an die Entfaltung der Produktivkräfte. Sie wollen eine Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik, welche die Gewinne steigert, und wir eine solche, die die Produktivkräfte weckt und entwickelt. Ein großer Teil der Profite dient nicht der Entfaltung der Produktivkräfte, während auf der anderen Seite Maßnahmen, welche die Entfaltung der Produktivkräfte fördern, zu keinen Profiten führen, ja die Profite schmälern. Darin zeigt sich, daß die beiden Standpunkte auch eine Verschiedenheit der Forderungen bezüglich der wirtschaftspolitischen Maßnahmen bedingen.

Vierte Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Am Montag, dem 25. November 1929, trat der Ausschuss des ADGB zu seiner vierten Sitzung zusammen. Der zweite Vorsitzende Großmann berichtete zunächst über den Unfall, den Theodor Leipart am 14. Oktober erlitten hat.

Gewerkschaften und Agrarfrage.

Dann erließ er dem Genossen Dr. Hans Wilbrandt das Wort zu seinem Referat über Agrarzölle und landwirtschaftliche Produktivität. Bei der Behandlung der Agrarprobleme steht die Zollfrage meist im Vordergrund. Der ADGB hat sich in seinem Wirtschaftsprogramm grundsätzlich für altnationale Zollkassen eingestellt. Für den Augenblick ist aber an einen Abbau der Agrarzölle gar nicht zu denken. Die Aufgabe kann vielmehr nur sein, die Zollpolitik in eine vernünftige Richtung zu lenken. Vor dem Kriege setzte sich die Arbeiterklasse, die Verbraucherkasse, für Aufhebung der Agrarzölle ein. Die Landwirtschaft plädierte für den lückenlosen Zolltarif. Die Vorkriegsorganisation der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften war im Grunde von liberalen Anschauungen bestimmt; es entsprach weniger planwirtschaftlichen Gedankengängen. Die Sozialdemokratie sieht heute nicht mehr auf diesem strikt ablehnenden Standpunkte. Die Frage der Zölle ist für sie nicht mehr eine Frage des Prinzips, sondern sie wird von Fall zu Fall geprüft.

Wilbrandt erörterte an einigen Beispielen die Gründe, um derenwillen die Frage der Agrarzölle nicht schematisch mit Ja oder Nein beantwortet werden kann. Allerdings, ein lückenloser Zolltarif auf die landwirtschaftlichen Produkte kommt unter keinen Umständen in Frage. Der leitende Gesichtspunkt bei der Beurteilung zollpolitischer Maßnahmen muß sein, ob sich mit ihnen eine für die Verbraucherkasse günstige Preisbildung erzielen läßt, ob Zwischenhandelsgewinne eingebremst werden können. Ein interessantes Beispiel dafür, daß eine solche günstige Beeinflussung möglich ist, bietet die Regelung der Zuckerzölle. Der Zoll ist zwar verhältnismäßig hoch, aber eine Überhöhung der deutschen Zuckerpreise ist durch Einföhrung einer Verbraucherschutzbestimmung unmöglich gemacht worden. In anderen Fällen zeigt es sich, von wie geringem Einfluß die Zölle auf die Preisbildung sind. Die hohen Schweinezölle, die wir in Deutschland haben, führen zwar zu einer Verteuerung der Schweinepreise, wenn das Angebot knapp ist, sie haben aber nicht die Möglichkeit, Katastrophen von solcher Art, wie sie vor anderthalb Jahren durch den Einbruch der Schweinepreise eingetreten sind zu verhüten. Trotz der hohen Rinder- und Minderzölle ist das Preisniveau für Rinder niedrig, weil auf die Preisbildung allein das deutsche Angebot einwirkt; die Zölle haben in diesem Falle gar keine preisbildende Bedeutung. Ebenso liegt es bei der Kartoffel, da Deutschland sich bis zu 99 v. H. selbst mit Kartoffeln versorgt. Bei den Getreidepreisen dagegen ist es anders. Sie erhöhen sich je nachdem, ob eine starke Getreideeinfuhr notwendig wird oder nicht. Dabei ist übrigens zu beachten, daß die Kleinhandelspreise den Erzeugerpreisen nur langsam oder nicht vollständig folgen. Die angeführten Beispiele zeigen, daß eine schematische Zollpolitik nicht möglich ist.

Die Sozialdemokratie hatte bekanntlich als Erfolge für Getreidezölle in diesem Jahre ein Getreidemonopol vorgeschlagen, das die Schwankungen der Getreidepreise verhüten sollte. Es hat sich aber gezeigt, daß die politischen Voraussetzungen für die Einigung der Parteien auf eine solche Maßnahme noch nicht bestehen. Die Regierung hat in den letzten Tagen ein Programm vorgelegt, in dem sie an Stelle der freien Zölle ein Steuerzollsystem in Vorschlag bringt, das heißt, verstaatlichen Zollzoll bei übermäßig niedrigen

Getreidepreisen, Abbau des Zollschutzes bei erhöhten Preisen. Gegen diese Vorschläge ist grundsätzlich wenig einzuwenden; wesentlich wird aber sein, die Richtpreise, die das Programm vorschreibt, herabzusetzen. Die Richtpreise sind zwar nicht höher als die tatsächlichen, von uns vorgeschlagenen Monopolpreise, letztere waren aber höher, sie sind infolgedessen mit den von der Regierung vorgeschlagenen Richtpreisen nicht auf gleiche Stufe zu setzen. Die Herabsetzung der Richtpreise ist sowohl beim Weizen wie beim Roggen notwendig. Beim Roggen ist es außerdem wichtig, den Richtpreis auf den niedrigsten Weltzollfuß stabil festzusetzen. Die Regierung sieht es vor, die Roggenpreise auf diesem Wege niedrig zu halten, um die Verfüterung von Roggen bei der Schweinemast in Nordwestdeutschland (an Stelle ausländischer Futtermittel) zu ermöglichen. Eine Erhöhung des Futtergetreides dagegen lehnt die Regierung ab. Für den Ost-West-Transport des Roggens werden Reichszuschüsse gegeben.

Die Landwirtschaft überschätzt die Bedeutung der Zölle als Grundlage ihrer Rentabilität. Man darf im übrigen nicht außer acht lassen, daß man das, was man der Landwirtschaft gibt, der städtischen Bevölkerung nehmen muß, das heißt, daß in dem Maße, wie die Kaufkraft der Landwirtschaft auf diese Weise hochgetrieben wird, die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung sinkt.

Welche Faktoren haben auf die heute prekäre Lage der Landwirtschaft eingewirkt? Die Inflation, die für die Entschuldung der Landwirtschaft überaus günstig war, ist von den meisten Landwirten nicht benutzt worden, ihre Betriebe auf eine gesunde Produktionsbasis zu stellen. In der Deflation konnten nur diejenigen Landwirte ihren Betrieb rentabel gestalten, die so spram wie möglich wirtschafteten. Tatsächlich haben viele Landwirte damals große, hochverzinsliche Kredite aufgenommen; nachher war ihnen die Werbung der Zinsen unmöglich; die Betriebe gerieten in Schulden. Viele Tausende Hektar kamen zur Zwangsversteigerung. Jahrmehre sind selbstverständlich unter den verschuldeten Betrieben viel mehr Kleinbetriebe; nach der zwangsversteigerten Fläche dagegen ist der Anteil der Großbetriebe höher, besonders in Ostpreußen. Das liegt in der Natur der Sache. Die Besitzer von Großbetrieben waren viel eher in der Lage, Kredite aufzunehmen zu können; die Bauern konnten leichter persönliche Ersparnisse machen. Immerhin ist es nur ein relativ kleiner Teil von Großbetrieben, denen es wirklich schlecht geht. Die meisten sind allerdings auf keine Weise zu helfen. Ihre Betriebe müssen den Besitzer wechseln. Mit am schlechtesten ist die Lage in Ostpreußen. Aber auch dort sind über 100 bis 150 v. H. des stinerlichen Einheitswertes nur 10 bis 15 v. H. der Großbetriebe verschuldet, über 150 v. H. nur 6 v. H. Es ist dabei falsch, wenn behauptet wird, die ganze Landwirtschaft befinde sich in ungeheurer Notlage. Diese Notlage besteht in der Hauptsache nur in Ostpreußen und nur bei einem Teil der Betriebe.

Im ganzen hat sich die Lage der Landwirtschaft gehoben. Ein Zeichen dafür ist schon die Zunahme der Spareinlagen bei den Genossenschaften; ebenso die Zunahme der Beiträge, die für Düngemittelkäufe ausgegeben wurden. Freilich hat sich im ganzen die Kaufkraft der bäuerlichen Landwirtschaft, also des Großteils der ländlichen Bevölkerung, nach dem Kriege nicht in gleichem Maße gehoben wie die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung. Der Produktionswert der Betriebe und entsprechend die Kaufkraft wird etwa um 20 bis 30 v. H. über dem Vorkriegsniveau liegen, nicht etwa nur um 10 bis 15 v. H., wie behauptet wurde. Auch die Meinung, daß der bäuerliche Arbeitslohn zum Teil nicht einmal die Höhe der Arbeitslosenunterstützung erreiche, ist unbillig.

Durch überspannte Zollpolitik ist die Kaufkraft der bäuerlichen Landwirtschaft keinesfalls zu heben. Es sind ja gar nicht die niedrigen Preise, welche die Lage der bäuerlichen Landwirtschaft schwierig gestalten. Die Ursache ist meist einfach die Rückständigkeit der bäuerlichen Betriebe. Das landwirtschaftliche Bildungswesen steht in Deutschland noch im Anfang der Entwicklung. Nur ein kleiner Teil der Bauern hat landwirtschaftliche Schulung genossen; vor dem Kriege waren es nur 2 bis 3 v. H., nach dem Kriege hat sich der Prozentsatz erhöht. Die Schulung der Landwirte ist für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität von größter Bedeutung. Angenommen, daß die deutschen Bauern geschulte Landwirte wären, so könnte die Feldproduktion um mehrere Milliarden gesteigert und ihre Produkte verbilligt werden; eine Einfuhr von Lebensmitteln würde sich dann erübrigen. Auch die Milchzeugung ließe sich um 50 bis 100 v. H. steigern. Diese Steigerung würde gleichzeitig eine Senkung der Produktionskosten zur Folge haben, die sich ungefähr auf eine Milliarde belaufen würde. Bei rationaler Fütterung könnte die Schweinemast erheblich verbilligt, der Verbrauch gesteigert werden. In Anbetracht der starken Konjunkturschwankungen, der die Schweinepreise unterliegen, wäre das eine wie das andere von großer Bedeutung. Ähnlich liegt es bei der Hülsenfrucht.

Ausbau des landwirtschaftlichen Bildungswesens, Ausbau der staatlichen Beratungs- und Kontrolltätigkeit — in einem Wort: Nationalisierung der Landwirtschaft: das sind die Hauptmittel zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktivität. Diese Nationalisierung hat gegenüber der Rationalisierung in der Industrie den Vorteil, daß sie keine Menschen freisetzt. Es kommt auf die Modernisierung der Landwirtschaft durch unmittelbar die Produktion fördernde Maßnahmen an.

In eingehenden Ausführungen gab der Genosse Dr. L o m b e r g eine Schilderung der modernen Landwirtschaft auf betriebswirtschaftlicher Grundlage. Er brachte eine Reihe von Beispielen aus seiner Praxis, die erläuterten, welche Möglichkeiten noch für die Landwirtschaft bestehen, ihren Betrieb betriebswirtschaftlich kalkulatorisch durchzuführen. Mit dem ökonomischen Grundgesetz: „Verfahre jede Produktionseinheit mit dem möglichst geringsten Aufwand an Kapital und Arbeit herzustellen“, muß endlich einmal in der Landwirtschaft Ernst gemacht werden. Nach seiner Meinung gibt es unter den vier Millionen Betriebsleitern vielleicht einige hundert solcher führenden Köpfe, die sowohl betriebswirtschaftliche, kaufmännische und organisierte Kenntnisse in ihrer Person vereinigen. Der Rechnungsmuß des Hauptwirtschaftsinstrument des Landwirtes werden, und er muß überhaupt in seinen ganzen Anschauungen mehr und mehr von der Landbauwirtschaft abdrücken — die in der Regel nur eine Politik der Rückständigkeit und der veräuferten Gelegenheiten war — und muß zu einer vernünftigen modernen Wirtschaftsauffassung kommen. Weil ein Mangel an Kapital besteht, darf man auch für den Bodenpreis nur soviel bezahlen, daß er sich nach Abzug aller Grundsteuern und Lasten kapitalmäßig mit mindestens 7 v. H. verzinst. Die Bodenpreise sind weit über die wirtschaftlich gerechtfertigte Höhe emporgewachsen, was verschiedene Ursachen hat:

1. Die Innenkolonisation — vom Staate künstlich gesteigerte Nachfrage nach Boden —
 2. Der Landhunger der Bauern und der Selbständigkeitsdrang der Bauernsöhne.
 3. Die hohe soziale Stellung, die speziell vor dem Kriege mit dem Erwerb eines Rittergutes verbunden war.
 4. Aus Gründen der Erbfindung wird das Gut oft überbezahlt, wenn es viele Generationen in der Familie war.
- Zweifellos ist dieser Wert des Bodens heute in Wirklichkeit nicht mehr vorhanden; er steht nur in der landwirtschaftlichen Betriebskalkulation zu Buche. Ein Grund dafür, daß rein buchmäßig heute vielerorts in den Betrieben Verluste errechnet werden. Der Bodenwert hat sich durch unsere ganze Vorkriegsagrarpolitik in den zwanzig Jahren bis 1914 durchschnittlich im Wert verdoppelt bis verdreifacht. Deswegen ist es ein Un Ding, wenn der Landwirt diese in Wirklichkeit gar nicht mehr bestehenden Bodenwerte von vor dem Kriege gegen Reinertragsberechnungen zugrunde legt, wenn er den Bodenwert eines Gutes, der damals 500 000 Mk. betrug und heute vielleicht auf die Hälfte abgeunken ist, in der damaligen Höhe weiterbehalten läßt und auch für diesen Wert eine ansehnliche Verzinsung haben will. In diesem Mißverhältnis zwischen Reinertrag und Bodenwert ist der letzte Grund für die errechnete geringe Rentabilität der deutschen Landwirtschaft zu suchen.

Der einzige Wertmesser unserer Erträge muß der Kapitalaufwand sein. Wir müssen uns losmachen von der fröhlichen Beurteilung der Flächenerträge und den Ertrag des Kapitalaufwandes zum Barometer unserer Wirtschaftsführung machen.

Da die Agrarpolitik mit Maßnahmen arbeitet, die erst nach einem Zeitraum von mehreren Jahrzehnten sich auswirken, ist es sehr wichtig, daß man in der Agrarpolitik keine Irrwege geht, deren katastrophale Folgen erst viel später zur Geltung kommen. Wenn auch Aereoboe der praktischen Agrarpolitik viel neue Impulse gegeben hat, auch neue wertvolle Wege wies, so hat andererseits eine Reihe von U.S. Vorschlägen in der Öffentlichkeit und auch in der Wissenschaft zahlreiche Entgegnungen gefunden, die die praktische Durchführbarkeit bezweifeln und gleichzeitig auf die große Gefahr dieser Ideen hinweisen. Der weisliche Agrarpolitiker muß vor allen Dingen dafür Sorge tragen, daß die zu erstrebende Wirtschaftsstruktur der zukünftigen Zeit entspricht. Anderenfalls würde man rückwärtschrittliche Ziele verfolgen und damit gewaltige Energie nutzlos vergeuden.

In diesem Zusammenhang ging der Redner auf die Steidlung von kleindarierlichen Erzeugnissen ein und brachte die volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Seite dieses Problems zur Erörterung. Die Fragestellung war hier nach der optimalen Betriebsmöglichkeits hinsichtlich der Verwendung von Kapital und Arbeitskraft auch unter dem Gesichtspunkte der weltwirtschaftlichen Eingliederung der deutschen Volkswirtschaft. Er wies darauf hin, daß die heutige Betriebsgrößenverteilung ein Produkt aus sozialer und steuerpolitischer Beeinflussung sei, wodurch man eine freie Entwicklung in den letzten Jahrzehnten völlig ausgeschaltet hat. Wirtschaftliche Faktoren konnten aber nur dann an der Umgestaltung der Betriebsgrößenverteilung in Richtung zur Optimalen, d. h. der volkswirtschaftlich und betriebswirtschaftlich erforderlichen Betriebsgröße arbeiten, wenn der landwirtschaftliche Betrieb dem freien Spiel der Kräfte ausgesetzt ist. Weiter geht der Redner auf die Verhältnisse in der außerdeutschen Landwirtschaft ein und führte vor allen Dingen die Strukturwandlungen in der amerikanischen und russischen Landwirtschaft vor Augen. Hier ist klar und deutlich die Tendenz auf Vergrößerung der Betriebe festzustellen. Der Redner betonte die wirtschaftliche Unterlegenheit des Kleinbetriebes, die in der Landwirtschaft genau so ihre Gültigkeit hat wie in anderen Gewerben. Er kam zu der Schlussfolgerung, daß die Landarbeiter von der zukünftigen Entwicklung der Technik verlangen, daß sie die Bezahlung der menschlichen Arbeitskraft in ständig steigendem Maße gestattet. Anderenfalls würde ein großer Teil ihrer fähigsten Menschen in die Industrie abwandern. Ein besonders schmerzlicher Verlust, da gerade in Zukunft tüchtige Qualitätsarbeiter dringlicher als bisher gebraucht werden. Der Lebensstandard der landbau-treibenden Bevölkerung müsse dem der städtischen angeglichen werden; erstens aus Gründen der Eindämmung der Landflucht, damit die Landarbeiter ihre städtischen Berufskollegen nicht unterbieten; zweitens, um den deutschen Binnenmarkt zu stärken, eine Wirtschaftsprage, die ständig an Bedeutung zunehme. Nicht in jedem Falle dürfe die sozialistische Agrarpolitik den Vorschlägen von Aereoboe nach dieser Richtung folgen, wenn nicht hieraus ein Schaden für die gesamte Volkswirtschaft erwachsen soll. Wenn die Fragestellung lautet heute keineswegs mehr: Wie komme ich zu Land für die Steidler? sondern: Wie beuge ich den nicht erwünschten Folgen vor, wenn große Flächen der deutschen Landwirtschaft nicht in rationeller Weise bearbeitet werden?

In der Diskussion erinnerte Eggert daran, daß die Ursache für die ungünstige Lage eines Teiles der deutschen Landwirtschaft darin zu suchen sei, daß eine Differenz zuungunsten der Landwirtschaft zwischen den Preisen für landwirtschaftliche und industrielle Produkte bestehe. Der geringe Erlös des landwirtschaftlichen Produktes für seine Erzeugnisse habe jedoch seinen Grund in der überhöhten kostspieligen, mit überhöhten Zwischengewinnen belasteten Organisation des Absatzes. Ferner mangelt es an ausreichender Erzielbarkeit der landwirtschaftlichen Erzeugung, welchem Mangel nur durch rationelle Gestaltung der Produktionsmethoden abgeholfen werden kann. Durch Stilllegungen könne diesem nicht begegnet werden. Wir haben aber ein großes Interesse daran, daß größere Preischwankungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse, die den Haushalt der Arbeiterschaft heimsuchen, unterbleiben. Wenn die geplanten Gleitenden Stille ein wirksames Mittel dagegen seien, so sei diesem Plane zuzustimmen. Auch alle übrigen Mittel zu diesem Zweck müßten die Gewerkschaften objektiv prüfen. Wenn nun aber die Landwirtschaft das ernste Bemühen zeigt, die Erzeugungsverhältnisse durch Standardisierung und Rationalisierung zu verbessern, so müsse ihr dabei geholfen werden, sofern eine Unterstützung der Landwirtschaft ohne Belastung der Verbraucher möglich ist.

Georg Schmidt forderte, daß auch die Gewerkschaften, namentlich auch ihre Presse, dem Ansturm der „Grünen Front“ größere Aufmerksamkeit zuwenden. Und zwar durch Zurückweisung übertriebener Behauptungen über die Not der Landwirtschaft, aber auch durch ernsthafte Prüfung berechtigter Klagen. Zahlen über Sparkassenbestände in landwirtschaftlichen Gebieten sowie über Einlagen bei landwirtschaftlichen Genossenschaften beweisen, daß die Notlage der Landwirtschaft nicht so übertrieben dargestellt wird. Auch die Angaben über die Verschuldung der Landwirtschaft dürfen nicht kritisch hingenommen werden. Schmidt warnt dringend vor gewagten Steidlungsexperimenten und führt Beispiele für manchen Mißerfolg im Steidlungswesen an. Grund und Boden, der im Besitz der öffentlichen Hand sei, müsse dort verbleiben; die Forderung, der preussische Staat möge seinen Domänenbesitz für Steidlungszwecke zur Verfügung stellen, sei zurückzuweisen. Wenn man jedoch alle Überreibungen in Rechnung stellt, so bleibt ein Rest von berechtigten Klagen über die Ungunst der Umstände, denen die Landwirtschaft gegenübersteht. Auch Schmidt befürwortet eine Regelung des Roggenverbrauchs mit dem Ziel, daß der Roggen, der in Deutschland erzeugt wird, innerhalb der Grenzen auch Verwendung findet.

Grahmann schloß die Diskussion mit dem Bemerkten, die Erörterung habe gezeigt, daß die Gewerkschaften genügend sind, sich mit den Problemen eingehend und dauernd zu beschäftigen. (Schluß folgt.)

Rationalisierungsmaßnahmen und Arbeiterentlassungen im Kölner Wirtschaftsgebiet.

Wir befinden uns gegenwärtig in einer zweiten verschärften Periode der Rationalisierung nicht nur einzelner Betriebe, sondern ganzer Konzerne und Industriegruppen. Die erste Periode, von 1924 bis 1926, brachte in technischer Hinsicht in allen Industrien bedeutende Verbesserungen und Umstellungen in der Produktion mit erheblichen Produktionssteigerungen bis zu 100 Prozent und weit darüber hinaus. Gewiß, es gab schon von jeher dauernd technische Verbesserungen. Es steht aber einwandfrei fest, daß deren Ablebige. ierscheinungen in der Vergangenheit so kraft nicht zutage getreten sind. Die daran geknüpften Hoffnungen, die Arbeitslosenzahlen nach einer gewissen Übergangsperiode bedeutend herabdrücken zu können, sind nicht eingetroffen. Eine Enttäuschung, die auch von den Unternehmern zugegeben wird. Es steht heute einwandfrei fest, daß die Industrie in den Jahren 1927 und 1928 Rekordjahre in der Produktionshöhe und im Verdienst hinter sich hat, aber die Zahl der Ausgestoßenen aus dem Produktionsprozeß, das Arbeitslosenheer, hat eine Höhe erreicht, die für den Staat und die Kommunen eine schwere fortdauernde wirtschaftliche Belastung darstellt.

deren Auswirkungen vorläufig noch unüberschaubar sind. Es war auch in den Zeiten der besten Hochkonjunktur unmöglich, die Arbeitslosenzahl erheblich zu senken. Die Wirtschaft befindet sich gegenwärtig in einem Krisenzustand, und eine erneute Periode hat eingesetzt; die durch Zusammenlegungen in den Konzernbetrieben die Produktion einheitlicher gestalten soll und Arbeitslose, Angestellte und Arbeiter, ohne Beschäftigung auf der Strecke läßt. Dazu der Ruf der Unternehmer: Abbau der Sozialversicherung!

Aber nicht nur technische Umstellungen haben die Arbeitslosenzahlen vermehrt, sondern in erster Linie hat die mit Hochdruck versuchte und auch durchgeführte Erhöhung der Arbeitsleistungen der Arbeiter und Arbeiterinnen zur Entlassung weiterer Arbeitskräfte geführt. In der chemischen Großindustrie und insbesondere in der I.-G. Farbenindustrie und in der Industrie der Steine und Erden, besonders in der feuerfesten Industrie, sind Hunderte und Tausende von Arbeitern brotlos geworden. Die Arbeitsleistung jedes einzelnen Arbeiters wurde durch die Kalkulatoren mit der Stoppuhr in gewissen Zeitabständen abgeköpft, die Zeiteinheit für die Akkord- und Prämienarbeit neu festgesetzt mit dem Ergebnis, daß die Zahl der Arbeiter in den einzelnen Betriebsabteilungen verringert wurde. Dieses System in den Großbetrieben durchgeführt, brachte in allen Betriebsabteilungen Arbeiterentlassungen, die sich fast durchweg auf die Werke allgemein erstreckten. Absatzschwierigkeiten im Ausland, geschwächte Konsumkraft und Kapitalmangel im Inlande führten zu Stockungen und erheblichen Einschränkungen der Betriebe. Die Arbeitslosenzahlen gingen sprunghaft in die Höhe, und Hunderte von Kurzarbeitern sind vorhanden. Die nachstehenden Zahlen sprechen eine deutliche Sprache von dem Umfang der Wirtschaftskrise und den Arbeitslosenzahlen in den einzelnen Industrien nur im Kölner Wirtschaftsgebiet:

In der chemischen Industrie wurden entlassen:

Beschäftigte	Anzahl
1. I.-G. Farbenindustrie, Dormagen	500
2. I.-G. Farbenindustrie, Leverkusen	850
3. Rheinisch-Westfälische Sprengstoff AG., Troisdorf	400
4. Glanzstoff-Courtaulds, G. m. b. H., Köln-Merheim	700
5. Gummwarenfabrik Franz Clouth, Nippes	50
6. Gummwarenfabrik Goffr. Hagen, Köln-Ralk	30
7. Vereinigte Dachpappenfabriken, Mülheim	60
8. Lindgens u. Söhne, Köln-Mülheim	40
9. E. A. Lingsens, Köln	20
10. Westdeutsche Asphaltwerke, Köln-Mülheim	40
11. Von der Weikern und Wiesdorf, Deuß	20
12. Rheinische Benzinwerke, Braunsfeld	12
13. AG. für Stickstoffdünger, Knappack	40
insgesamt	2762

Betriebe wurden stillgelegt:

Beschäftigte	Anzahl
1. Bleiweißfabrik Tölle u. vom Hofe, R.-Mülheim	40
2. Gummwarenfabrik Koff, Köln	80
3. Kreher u. Wirgen, Köln	40
insgesamt	160

Durch Stilllegungen und Entlassungen in der chemischen Industrie insgesamt 2922

Papierherstellung und -Verarbeitung:

Beschäftigte	Anzahl
1. J. W. Zanders, Berg-Cladbach	200
2. Gebrüder Hanebeck, Berg-Cladbach	70
3. Flammersheim u. Steinmann, Zollstock	40
insgesamt	310

Feuerfeste Industrie:

Beschäftigte	Anzahl
1. Martin u. Pagenstecher, Mülheim	40
2. Hiby u. Schroer, Berg-Cladbach	30
3. Stellawerk, Berg-Cladbach	100
4. Stöcker u. Kunz, Mülheim	50
5. Mühl u. Co., Mülheim	20
insgesamt	240

Es wurde stillgelegt die Firma Forstbach u. Co. 60

Steinzeugröhren-Industrie:

Beschäftigte	Anzahl
1. Steinzeugfabriken Frechen und Groß-Königsdorf mit 10 Betrieben	400
2. Steinzeugwerk Hermülheim	50
insgesamt	450

Ziegeleien: Es wurden stillgelegt:

Beschäftigte	Anzahl
1. Ziegelei Jos. Brand, R.-Lindenthal	30
2. Ziegelei Rheinland, R.-Zollstock	25
insgesamt	55

An Arbeiterentlassungen in der chemischen, Papierherstellungs-, feuerfesten, Steinzeugröhren- und Ziegelindustrie insgesamt 4037.

In 22 Betrieben wird nur 4-5 Tage gearbeitet. Die Zahl der davon Betroffenen beträgt 3500.

In einigen Industriezweigen hat man die Belegschaft „verjüngt“. Die älteren über 60 Jahre alten Arbeiter wurden zwangsläufig pensioniert. Die I.-G. Farbenindustrie und die Firma J. W. Zanders in Berg-Cladbach haben besonders diese Verjüngung durchgeführt. Teilweise wurden auch unter 60 Jahre alte Arbeiter betroffen. Diese Arbeiter dürften kaum noch einmal Arbeit bekommen. Man hat den älteren Arbeitern Abfindungssummen von 200 bis 400 Mk., teilweise bei einer Beschäftigungsdauer über 25 Jahre und länger auch 600 bis 800 Mk. gegeben. Die Pensionen, die bezahlt werden, schwanken zwischen 20 und 40 Mk. pro Monat und gehen je nach der seitherigen Funktion der Arbeiter darüber hinaus. Die Gewährung wird aber an bestimmte Voraussetzungen geknüpft und ist jederzeit widerruflich, mit anderen Worten, die Pension kann entzogen werden.

Im allgemeinen ist durch die geschilderten Verhältnisse die Arbeitsmarktlage in den vorgenannten Industriezweigen sehr ungünstig geworden, dagegen hat aber die Güterproduktion in allen Industriezweigen gegenüber dem Vorjahre weitere Fort-

schritte gemacht. Es liegt gar kein Anlaß vor, von dem Niedergang der Industrie zu reden. Die zu erwartende Besserung hängt mit der endgültigen Lösung aller politischen und finanziellen Fragen eng zusammen. Je eher sie möglich ist und von unverantwortlicher Seite nicht gestört wird, wird ein Umschwung zu verzeichnen sein. Das Problem der Arbeitsbeschaffung und die Fortführung der Sozialpolitik steht heute im Vordergrund des allgemeinen Interesses und bedarf der tatkräftigen Unterstützung und Förderung des Staates und seiner Organe. P. Hertwig.

Die Welt-Zentralbank.

Nach wochenlangen Verhandlungen sind die endgültigen Statuten der Bank für internationalen Zahlungsausgleich oder, wie sie offiziell heißt, Bank for International Settlements von dem dafür einberufenen Komitee der Notenbankpräsidenten entworfen worden. Die Statuten lehnen sich an den Entwurf des Young-Planes sehr eng an. Dennoch haben sie nach verschiedenen Richtungen eine Erweiterung des Aufgabengebietes der Weltbank gebracht. War sie ursprünglich als ein Institut zur Abwicklung der Reparationsleistungen gedacht, so erscheint dieser Teil ihres Aufgabengebietes nur noch als Nebenzweck. Im Artikel 3 wird als Zweck der Bank genannt: die Zusammenarbeit für internationale Finanzgeschäfte zu fördern und als Treuhänder (Trustee) oder Agent bei den ihr auf Grund von Verträgen mit den beteiligten Parteien übertragenen internationalen Zahlungsgeschäften zu wirken. Dann heißt es in dem Artikel 4, daß, solange der Sachverständigenplan in Kraft ist, die Bank die ihr übertragenen Aufgaben ausführen soll. Die Geschäftstätigkeit ist so zu gestalten, daß die Durchführung des Planes erleichtert wird, die von Deutschland auf Grund des Planes gezahlten Jahresraten in Empfang zu nehmen, zu verwalten und zu verteilen; die Kommerzialisierung und Mobilisierung bestimmter Teile der genannten Jahreszahlungen zu überwachen und dabei mitzuhelfen und alle Aufgaben zu übernehmen, die mit den deutschen Reparationen und den damit verbundenen internationalen Zahlungen im Zusammenhang stehen. Der Sitz der Bank ist Basel. Das Stammkapital beträgt 500 Millionen Schweiz. Fr., das von den Notenbanken der sieben Reparationsländer übernommen und vorläufig bis zu 25 Prozent des Nennwertes eingezahlt werden soll. Es ist daran gedacht, daß auch andere Länder sich kapitalmäßig an der Weltbank beteiligen und in deren Aufsichtsrat und der Geschäftsleitung vertreten sind.

Die Geschäfte der Bank sind als sehr mannigfaltig gedacht. Als besondere Geschäftsbereiche der Bank werden genannt: der An- und Verkauf von Gold, Eröffnung von Goldschatzdepots bei den Zentralbanken, Gold für Rechnung derselben in Verwahrung zu nehmen, gegen Gold Wechsel und sonstige kurzfristige erstklassige Schuldtitel aufzunehmen und dafür Darlehen zu gewähren; Wechsel, Schecks usw. zu diskontieren und zu rediskontieren, zu kaufen oder zu verkaufen, für eigene Rechnung oder für Rechnung der Zentralbanken Devisen und vorläufige Wertpapiere zu kaufen und zu verkaufen; bei Zentralbanken laufende Konten oder Einlagekonten zu eröffnen und zu unterhalten. Die Bank ist ferner befugt, als Agent oder Korrespondent von Zentralbanken aufzutreten. Alle Geschäfte, die die Bank in diesem Rahmen machen kann, darf sie auch mit Banken, Bankiers, Gesellschaften oder Privatpersonen jeden Landes eingehen, vorausgesetzt, daß die Zentralbank des betreffenden Landes keinen Einspruch erhebt. Nicht befugt ist die Bank: a) auf den Inhaber lautende bei sich zahlbare Noten auszugeben, b) Wechsel zu akzeptieren, c) an Regierungen Darlehen zu geben, d) für Regierungen laufende Konten zu eröffnen und e) beherrschenden Einfluß auf ein Unternehmen zu erlangen.

Verwaltung und Leitung der Bank liegt ebenfalls in den Händen der Präsidenten der Notenbanken. Der noch zu ernennende Vorsitzende des Verwaltungsrats soll Präsident der Bank sein. Daneben wird ein Generaldirektor ernannt, der für die Geschäftsführung der Bank verantwortlich ist. Diese beiden Personen werden eine ungeheure Machtfülle erhalten. Der jährliche Reingewinn der Bank soll gemäß dem Young-Plan verwandt werden: 1. zur Erfüllung des gesetzlichen Reservefonds, 2. zur Gewährung einer Dividende von mindestens 6 Prozent und höchstens 12 Prozent. Nach der Berücksichtigung dieser Zwecke soll die Hälfte des alsdann verbleibenden jährlichen Reingewinns einem allgemeinen Reservefonds zugewiesen werden, bis dieser die Höhe des eingezahlten Kapitals erreicht hat. Hat der allgemeine Reservefonds diese Höhe erreicht, so wird eine weitere Erfüllung vorgenommen, bis dieser Reservefonds das Fünffache des Aktienkapitals erreicht hat. Nach Befriedigung der vorgenannten Erfordernisse kann später der Rest des Reingewinns zu 75 Prozent an die Regierungen und Zentralbanken der beteiligten Länder gehen. Die über bleibenden 25 Prozent stehen einem Sonderfonds zu, der dazu verwandt wird, um Deutschland bei der Bezahlung der letzten 22 im Plan vorgesehenen Jahreszahlungen zu unterstützen. Dies aber nur, wenn die deutsche Regierung sich entschließt, eine langfristige Einlage von 400 Millionen Mark zu machen. — Das wäre in Kürze das Wissenswerte aus den Statuten der Weltbank.

Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich ist also als ein Institut der Notenbanken gedacht, das die Aufgabe hat, die Zusammenarbeit derselben zu fördern. Hierin liegt die große Bedeutung, die dieses Institut im Laufe der Jahre und Jahrzehnte erlangen kann. Sie ist eine Weltbank von ungeheurem Ausmaß. Die internationale Verflechtung des Kapitals wird dadurch einen weiteren Antrieb erhalten. Es ist schlecht denkbar, daß, wenn dieses Institut einmal richtig eingespielt ist, Kriege und andere internationale Entwicklungen eintreten können. Der Weltmarkt und die Weltwirtschaft können eine Ausdehnung erfahren. Vor allem werden die Währungen stabilisiert sein. Aber das Grundzüge der Existenz dieser Weltbank schrieb die Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung in ihrer Nr. 46 folgendes:

Die Bank wird von Kapitalisten geleitet und ist von Kapitalisten organisiert, der Weltkapitalismus hat sich eine Kraftzentrale höchsten Ausmaßes geschaffen.

Aber daß sich der Kapitalismus so organisieren muß, daß er den Gedanken der Kooperation und der Solidarität aller Geld- und Kapitalmärkte so monumental in die Wirklichkeit überführt, das ist das entwicklungsmäßig Bedeutsame. Die Verwirklichung eines sozialistischen Planes. Es ist keine sozialistische Bank, sie kann es heute nicht sein. Aber es ist ein sozialistischer Gedanke, der sich hier in einer wirtschaftlichen Weltüberorganisation kristallisiert, auch wenn die Funktionen dieser Organisation der andere Gedanke des Ertragsstrebens noch sehr nahe liegt. Ganz anders als im Völkerbund werden nunmehr in der Schweiz die Fäden der Weltwirtschaft zusammenlaufen. Auf den vierzigtausend Quadratkilometer unseres kleinen Landes befindet sich vom nächsten Jahre an die ökonomische und damit überhaupt die Drehachse der Welt."

Die Reparationsausstellung im Reichsmuseum für Wirtschafts- und Gesellschaftskunde in Düsseldorf.

"Das deutsche Volk und die Reparationen."

Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. So scheint es auch mit dieser Ausstellung zu sein, die teils plastisch, teils tabellarisch gezeigt wird. Kaum einige Tage später fand in Düsseldorf die Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie statt, und da mußte man den Herren oder vielmehr noch der Öffentlichkeit doch schon bildlich vor Augen führen, wie schwer die deutsche Industrie unter den Lasten der Reparationen, des Dawesplanes und neuerdings dann unter dem "Schandvertrag", dem sogenannten Youngplan — die Industriebelastungen fallen allerdings nach diesem Plan sehr bald fort — zu leiden habe.

Zunächst werden dem Besucher einmal die "nackten Tatsachen" gezeigt. Das deutsche Angebot von 1919, das eine Zahlung von 100 Milliarden in näher zu bestimmenden Jahresraten vorsah, und das Londoner Diktat von 1921 mit der Forderung von 132 Milliarden und einer Jahresleistung von 4 1/2 Milliarden. Ob die Summen, die hier genannt sind, und wie man diese errechnet hat, stimmen, bedarf erst einer genauen Nachprüfung. Das Tollste aber folgt in der kommenden Darstellung, und zwar zeigt man, allerdings mit drei Fragezeichen, die Dawesfäule mit einer Summe von 88 Milliarden und gleich daneben den neuen Youngplan mit der Gesamtleistung von 114 Milliarden Mark. Dem oberflächlichen Besucher kommt bei der Gegenüberstellung dieser beiden Zahlen ohne weiteres der Gedanke, daß der Youngplan eine wesentliche Verschlechterung für Deutschland sei. Während bei dem Youngplan die endgültige Zahlungsleistung festgesetzt ist, waren die Leistungen nach dem Dawesplan unbegrenzt. Außerdem konnten die Jahresleistungen von 1930 an durch den dann in Kraft tretenden veränderten Wohlstandsindex wesentlich erhöht werden.

Auf einer Wand wird dann versucht, dem Besucher klarzumachen, was der Transfer ist, und außerdem will man durch bildhafte Darstellung einen Eindruck von den Auswirkungen der Reparationszahlungen auf die Ansuhr, die Landwirtschaft und die Industrie geben. Ist denn die Landwirtschaft durch die Reparationszahlungen so sehr verschuldet und bedrückt, oder liegt es nicht vielmehr daran, daß die Banken und die Industrie der Landwirtschaft keine Kredite geben wollen, weil bei ihr der Profit nicht so reichlich ist, wie auf dem Geld- und Warenmarkt? Die Landwirtschaft wird zu spät erkennen, wo sie Hilfe zu erwarten hat. Hoffentlich nicht zu spät. Die Arbeiterschaft wird gern ihre Hand reichen, und nur mit ihr wird die Landwirtschaft gerettet.

Weiter zeigt man die Überfremdung der deutschen Industrie und ihren "Schrumpfsprozeß". Man muß sich doch darüber klar sein, daß auf dem Wege der wirtschaftlichen Entwicklung der Weg nicht nach rückwärts geht. Vom Handwerksbetrieb zum Fabrikbetrieb, über den Fabrikbetrieb zum Großbetrieb, bis hinaus zu den Trusten, Konzernen und den großen Interessengemeinschaften. Daß auf diesem Wege immer mehr Kleinbetriebe verschwinden und von den Großbetrieben aufgekauft werden, wird nicht gesagt. Die Reparationslasten sind eben an allem schuld. Ganz besonders vermißt man den objektiven Hinweis, daß die Reparationen doch ausschließlich nur die Folge des wahnsinnigen Krieges sind. Das deutsche Volk hat teilweise vergessen, daß die Annexionsforderungen der deutschen Unternehmerverbände zum überwiegenden Teil und mit ihnen natürlich eine großenwahnsinnige Milliardenlast schuld waren an der Verlängerung des Krieges, der dann für das deutsche Volk solchen verhängnisvollen Abschluß fand. Alle bildlichen Darstellungen müssen in dem oberflächlichen Besucher der Ausstellung den Eindruck hervorrufen, daß es sich nicht um vertragsmäßige Reparationen, sondern, wie es in dem Prospekt heißt, um aufgezwungene "Einzahlungen" handelt, die die deutsche "Wirtschaft" ruinieren.

Schließlich wird an einigen Beispielen gezeigt, was die Durchführung der Reparationsleistungen bedeutet. Über allen diesen bildlichen Darstellungen befindet sich ein die ganze Wand einnehmendes Bild, welches fast den ganzen Raum beherrscht, und zwar mit der Unterschrift: "Denklicher, wie soll deine Zukunft werden: So oder so?" Auf der einen Seite Schlemmerei, Verschwendung, Arbeitslosigkeit und auf der anderen Seite rauchende Fabrikfabrik, Erwerbslosigkeit ist verschwinden, die Arbeiterschaft gemeinsam mit dem Arbeitgeber an einem Tisch. Wie mögen sich die Herren Industriellen wohl vorgenommen sein, als sie dieses für sie zureichende Bild einer Betrachtung unterzogen haben? Wer ist denn der Besucher der Nacht- und Schlemmerlokale, wer kann, wenn es ihm beliebt, in den großen Weltbädern oder an der Adria seine Zeit mit süßem "Nichtstun" verbringen, der Arbeiter, der Arbeitslose oder derjenige, der eine jährliche Einnahme von 50- bis 100 000 Mark außer dem sonstigen "Arbeitslosen-Einkommen" hat? Ich entscheide mich für den letzteren.

Nach meiner Auffassung trägt die ganze Ausstellung den Charakter einseitiger Darstellung. Sie ist nicht dazu angelegt,

das Verhältnis zwischen Deutschland und den ehemaligen Feindländern zu bessern.

Der Ausspruch des Leiters des Museums bei der Eröffnung desselben, daß hier die Stätte sei, wo Arbeiter und Unternehmer sich die Hände reichen, ist durch diese Ausstellung wahrhaftig noch nicht erwiesen.

Um mit dem Berichterstatter der "Düsseldorfer Nachrichten" zu sprechen: "Erschüttert verläßt man diesen kleinen Raum, in dem so viel falsche Darstellungen und doch für bestimmte Kreise sehr viel Wahres gezeigt wird."

Hans Balbiani.

Jugendbewegung.

Die Verteilung der jugendlichen Erwerbstätigen.

Das Berufsausbildungsgesetz, über das in der kommenden Reichstagsperiode endgültig entschieden werden dürfte, veranlaßt, sich mit der zahlenmäßigen Grundlage des Gesetzes näher zu befassen, wie es soeben ein Aufsat von Harry Wild im Oktoberheft der "Arbeit" tut. Die Angaben der Berufszählung allein sind nicht dazu ausreichend. Erst jetzt sind in Preußen weiterreichende Zahlen bekannt geworden, die gestatten, den Aufbau der jugendlichen Erwerbstätigen und den übrigen Fragenkomplex, den das Anwendungsgebiet des neuen Gesetzes stellt, in großen Zügen zu umreißen. In Preußen haben wir es mit 1,85 Millionen berufstätigen Jugendlichen — im Alter bis zu 18 Jahren — zu tun. Von diesen sind rund ein Drittel, nämlich 600 000, gewerbliche Lehrlinge, die in Industrie- oder Handwerksbetrieben beschäftigt sind. Von den übrigen sind etwa 360 000 in der Landwirtschaft als jugendliche Arbeiter, Lehrlinge oder Angestellte tätig, während von den restlichen 850 000 die keinem Lehrverhältnis unterstehenden jugendlichen Arbeiter mit 320 000 den größten Teil ausmachen, dann die kaufmännischen Lehrlinge (220 000) und schließlich die jugendlichen Hausangestellten (160 000). Von den 360 000 jugendlichen Arbeitern sind rund 230 000 jugendliche Arbeiter ohne jede besondere Berufsbezeichnung, arbeiten also je nach Zufälligkeit und Gelegenheit in verschiedenen Berufszweigen. Wichtig ist eine statistische Erfassung der durch das Berufsausbildungsgesetz aufgeworfenen Fragen, vor allem für die moderne Berufsberatung und Stellenvermittlung, um eine rationelle "Bewirtschaftung" des Nachwuchses zu gewährleisten. Eine nähere Betrachtung der einzelnen Berufsarten ergibt vor allem eine ins Auge fallende Unterscheidung der Berufe, in denen jeder Jugendliche zugleich Lehrling ist, von solchen, in denen die Lehrlinge nur einen Teil der Jugendlichen ausmachen. Hoch ist der Lehrlingsprozentsatz der Jugendlichen in der Eisen- und Metallwarenherstellung, im Bekleidungs- und Holzgewerbe, Baugewerbe usw., geringer (69 Prozent) in der Papierindustrie, am geringsten in der chemischen Industrie (26,8 Prozent) und ebenso gering in der Textilindustrie (27,5 Prozent).

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Bausparkassen.

Die sogenannten kollektiven Bausparkassen hatten in den letzten Jahren und Monaten einen rapiden Zulauf an Bausparern und infolgedessen einen raschen Anstieg zu verzeichnen. Dabei ist aber vom Standpunkt des Arbeitnehmers besonders auf zwei Momente hinzuweisen, die bei der Benutzung von kollektiven Bausparkassen äußerster Vorsicht erfordern. Einmal gibt es viele Bausparkassen, deren Sparsysteme einer sachlichen Kritik durchaus nicht standhalten, weil sie insbesondere auf dem stets steigenden Zugang an neuen Bausparern aufgebaut sind und man infolgedessen sagen kann: "den Leuten heißen die Hunde", — zum anderen sind die Mindestsummen der vertrauenswürdigsten Bausparkassen so hoch (auch bei den öffentlichen Bausparkassen beträgt die Mindest-Sparsumme 3000 Mk.), daß es den meisten Arbeitnehmern unmöglich ist, eine ihren Einkommensverhältnissen angepaßte Summe innerhalb einer nicht zu langen Wartezeit zu sparen, bzw. eine bestimmte monatliche Sparsumme 10 oder 15 Jahre lang hintereinander zu leisten.

Der Gedanke des Bausparens ist deshalb aber nicht zu verwerfen, weil er in der Art der heutigen Anwendung in Deutschland nicht einwandfrei ist, sondern es ist zu untersuchen, inwiefern er mit soliden Methoden durchgeführt werden kann, und vor allem, inwiefern der Arbeitnehmer mit kleinem und mittlerem Einkommen sich auch des Bausparens mit Erfolg bedienen kann.

Zum Zwecke der Untersuchung dieser Fragen hat sich aus Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ein Ausschuß gebildet, der die Frage des Bausparens eingehend untersucht und praktische Vorschläge machen wird.

Es ist deshalb dringend zu empfehlen, das in kurzer Zeit vorliegende Ergebnis der beschleunigten Arbeit dieses Ausschusses abzuwarten.

Der Tarifvertrag ein Felsen Papier — im kommunistischen Arbeiterparadies!

(KSD.) Formell kommt den Kollektivverträgen in Russland eine Bedeutung zu, wie sie sonst nirgends erlangt haben: die Einhaltung der kollektiven Tarifverträge ist durch die Sowjetgesetzgebung nicht nur zivilrechtlich, sondern auch strafrechtlich gesichert. In der Praxis kümmern sich die kommunistischen Leiter der verstaatlichten Betriebe oft herzlich wenig um die Erfüllung der ihnen tarifvertraglich auferlegten Pflichten. Gegenwärtig ist in der Sowjetunion gerade eine Kampagne zur Vorbereitung des zum 1. Januar bevorstehenden Neubeschlusses von Kollektivverträgen im Gange. Das gibt dem "Lied" Veranlassung, in seinem Leitartikel vom 13. November eine Aufforderung zur Hebung der Autorität der Kollektivverträge zu erlassen. Zur Begründung dieser Mahnung schreibt das Zentralorgan der verstaatlichten russischen Gewerkschaften:

"Die Nichtinhaltung der Kollektivverträge in den Staatsbetrieben ist eine 'Alltagserscheinung', die sich bis auf den heutigen Tag erhielt. Die im August vorgenommene Überprüfung der

geltenden Verträge beweist, daß Verletzungen der Tarifverträge in materieller wie in rechtlicher Hinsicht in verschiedenem Maße zwar, aber doch überall vorkommen. In einer Reihe von Orten sind diese Vertragsverletzungen sehr ernsthafter Natur.

Wenn in einem Teile der Fälle die vertraglichen Verpflichtungen von den Betriebsleitungen aus einer Reihe von ihnen unabhängiger (oder von höherstehenden Wirtschaftsorganen abhängiger) Gründe nicht erfüllt werden, so kann man die Vertragsverletzungen in den anderen Fällen nicht anders denn als böswillig, als Ergebnis bürokratischer Ausschreitungen des Wirtschaftsapparates kennzeichnen.

Wenn ein Kollektivvertrag abgeschlossen werden muß, gibt es einen erbitterten "Rühndel" um jeden Punkt, um jede Formulierung, man streitet sich um die geringfügigsten Kleinigkeiten: ruff die Schlichtungsbehörde an usw. Man sollte meinen, daß die Beteiligten ihre Verpflichtungen ernst nehmen (denn wozu sonst der Streit?), die exakte Erfüllung des unterzeichneten Vertrages für notwendig halten. Ist aber der Vertrag einmal unterschrieben, so halten es dieselben Männer, die gestern erst um jedes Komma einen so heftigen Streit aufgeführt haben, für möglich, die elementarsten Verpflichtungen, die ihnen der Vertrag auferlegt, zu ignorieren."

Eine so erbärmliche Tarifvertragspraxis ist nun allerdings die zwangsläufige Folge der Vernichtung jeglicher Freiheit und Selbstständigkeit der gewerkschaftlichen Organisation der russischen Arbeiterschaft.

Rundschau.

Erfinder gesucht.

Folgendes ist die Aufgabe: Aetypol ist vielfach verwendbar, ist billig und bei richtigem Gebrauch gefahrlos, wenigstens nicht gefährlicher als Leuchtgas. Aber sein Transport ist unwirtschaftlich. Man braucht für ein Kilo Aetypolgas etwa 100 Kilogramm Last. Das Aetypol ist in seiner Flüssigkeit, dem Aeton, aufgelöst, und dieses wird von einer porösen Masse aufgesaugt. Das Ganze ist in einer Stahlflasche enthalten. Wie kann man den Transport des Aetypols billiger machen? Ohne schwere und teure Flaschen und Hilfsstoffe?

Der billige ausländische Wagen in Deutschland.

Am 1. Juli 1929 waren unter rund 400 000 Wagen fast 100 000 ausländische Autos. Namentlich die ganz billigen und die sehr luxuriösen Wagen stammen größtenteils aus dem Ausland, und die deutsche Autoindustrie wird sich wohl oder übel an diese Vorbilder anlehnen müssen. Die Autoindustrie wird erst dann zu einer ruhigen Arbeit kommen, wenn wirkliche (nicht humoristisch wirkende) Wagen für 1500 Mark zu haben sind.

Verbandsnachrichten.

Warnung vor einem Schwindler.

Ein gewisser Alois Rauch hat in den Jahrestellen verschiedener Verbände unter Vorlegung von Mitgliedsbüchern der Österreichischen Union der Textilarbeiter und des Österreichischen Schachmacherverbandes Unterstellungen erzwungen. Es ist wahr-scheinlich, daß Rauch auch noch die Mitgliedsbücher anderer freigewerkschaftlicher Organisationen hat und zu Schwindeltaten und zur Unterfütterungserleichterung benutzt. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß Rauch auch unsere Jahrestellenleitungen heimlich warnen wir alle unsere Funktionäre und besonders die Kassierer vor diesem Betrüger. Rauch ist nach den uns zugegangenen Angaben am 28. Januar 1905 in Wien geboren.

Zwei Geschäftsführer

wenden für die neu zu bildende

Bezirkszahlstelle Schleusingen

gesucht. Verlangt werden rednerisch und agitatorisch befähigte Kräfte, die in der Sozialgesetzgebung bewandert und insbände sind, die Prozeßverteilung vor dem Arbeitsgericht zu übernehmen. Bewerber, die eine mindestens fünfjährige Organisationszugehörigkeit nachweisen müssen, haben einen handschriftlich gefertigten Aufsatz über das Thema: "Die Aufgaben der Geschäftsführer einer Bezirkszahlstelle" einzureichen. Dem Aufsatz ist eine Abhandlung über den Lebenslauf des Bewerbers beizulegen. Die Anstellung erfolgt voraussichtlich am 1. Januar 1930 nach dem von Verbandstag festgesetzten Bedingungen. Bewerbungen sind bis zum 19. Dezember d. J. zu senden an den Gauleiter Kollegen Emil Hoffmann in Ilmenau, Neue Straße 7, 9,50 Mk.

Farbmischer

aus der Tapetenindustrie, perfekte Kraft, für hiesigen Betrieb gesucht. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften an [15 Mk.]

Arbeitsamt Leipzig, E. 1, Gerberstr. 3.

Literarisches.

Kinderkalender 1930, herausgegeben von der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, im Verlag "Vorwärts" Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Bearbeiter von H. und M. Weinberger (Berlin). Der Kinderkalender bringt wieder eine Fülle heiterer und ernster Beiträge. Schon das Kalendarium "Sprudelt von kräftiger Lebensfreude über und ebenso die vielen anderen Beiträge, die von Arbeiterkindern und ihren Freunden erzählt und berichtet werden. Wir finden Beiträge von bekannten Führern der Arbeiter, wie z. B. von dem Reichstagspräsidenten Paul Löbe, der über eine Fahrt im Zeppelin erzählt, bekannte Dichter und Künstler finden wir ebenfalls vertreten. Feine, farbige Bilder, prächtige Fotobilder aus den roten Kinderrepubliken und viele andere Streifen illustrieren den Kalender ausgezeichnet. Wer das Märchen vom Schneider und Mond liest, wird nicht umhin können, den Schneider und den Mond lachend zu beobachten. Von lustigen Wanderungen, von Heimabenden, von ihren Festtagen erzählen die Falkengruppen. Mieke Meier, die immer schlaue und auf lustige Streiche bedachte, fehlt auch nicht. Eine besondere Note bekommt der Kalender durch wiederholte Hinweise auf die Genossenschaftsbewegung als wichtigen Teil der Arbeiterorganisation. Dies ist jedoch nicht etwa trocken, sondern so, wie die Kinder es haben wollen, geschrieben. Vom Reichstag und von Kinderparlamenten, vom 1. Mai, vom Krieg und wachem Heldentum, über die Erde und über die Sterne weiß der Kalender etwas zu berichten. Als Weihnachtsgeschenk wird er bestimmt Freude machen. Er kostet nur 1,00 Mark.

Chemische Industrie

Anhaltend guter Geschäftsgang bei der I.-G. Farbenindustrie

Im Zusammenhang mit den umfangreichen Arbeiterentlassungen bei der I.-G. Farbenindustrie sind Gerüchte über einen geschäftlichen Rückgang bei der I.-G. Farbenindustrie verbreitet worden. Die Folge dieser Beunruhigung der Öffentlichkeit war, daß die Aktien der I.-G. Farbenindustrie vorübergehend einen starken Kursrückgang zu verzeichnen hatten. Aber die wahre wirtschaftliche Lage der I.-G. Farbenindustrie gibt die diesjährige Herbsttagung des Aufsichtsrates, die vor wenigen Tagen in Leverkusen stattfand, Aufklärung. Der Bericht im Aufsichtsrat stellt eine allgemeine Steigerung des Gesamtjahres gegenüber dem Vorjahre fest. Die Folgen der durchweg gegenüber 1928 abgeklauten Weltkonjunktur konnten durch die Anbahnung neuer, erfolgreicher Geschäfte mehr als ausgeglichen werden.

Die neue Produktionspolitik der I.-G. Farbenindustrie steht unter dem Zeichen erhöhter Umsätze bei bedeutend verringerter Arbeiterzahl. Eine heilsame Lehre scheint die I.-G. Farbenindustrie jedoch in bezug auf ihre Abgeschlossenheit gegenüber der Öffentlichkeit durch die letzten Börsenvorgänge erhalten zu haben, denn sie verspricht die Öffentlichkeit für die Zukunft vierteljährlich über die einzelnen Absatzgebiete zu unterrichten. Aber die Arbeiterentlassungen wird gelagt: Die Arbeiterschaft hatte seit Beginn der großen Ausbauperiode, die nach dem Zusammenschluß der einzelnen Werke zur I.-G. Farbenindustrie, A.G., einsetzte, eine erhebliche Vermehrung erfahren. Es stand von vornherein fest, daß es sich hierbei zum Teil nur um ein vorübergehendes Anwachsen handeln konnte, so daß nach Beendigung des vorgesehenen Programms eine Verringerung Platz greifen mußte. Dies ist während der Berichtsperiode geschehen, wobei soziale Gesichtspunkte weitestgehende Berücksichtigung gefunden hätten. Auch sei heute die Zahl der Werksangehörigen immer noch um rund 15 000 Arbeiter und Angestellte höher als zur Zeit der Fusion. Des kann jedoch kein Maßstab sein, da ja auch die Produktionsbetriebe der I.-G. Farbenindustrie seit der Fusion bedeutend gewachsen sind; es ist bezeichnend, daß trotz dieses Wachstums der Betriebsanlagen heute nur 15 000 Arbeiter und Angestellte mehr beschäftigt werden als früher. Man kann dies, was die I.-G. hier zu ihrer Entlastung anführt, nur als ein Zeichen auffassen, daß Rationalisierung und Technisierung bei der I.-G. bis zum äußersten gesteigert wurden.

Fest steht, daß infolge des Arbeiterabbaues in dem laufenden Jahre die Leistungen pro Mann und Schicht, gemessen an den ständigen Umsatzerhöhungen, ganz bedeutend gewachsen sind, während die Lohnneinsparungen durch Arbeiterentlassungen den Lohnanteil am Arbeitsprodukt bei der I.-G. Farbenindustrie sich bedeutend gesenkt haben. Weiter wurden in der Aufsichtsratsitzung über die Beziehungen der I.-G. Farbenindustrie zur Standard Oil interessante Ausführungen gemacht. Es wurde gesagt, daß nach jahrelangen Verhandlungen eine Einigung über die Hauptpunkte in den Weltbeziehungen zwischen Standard Oil und der I.-G. Farbenindustrie auf folgender Grundlage erzielt wurde:

1. Die Patente der I.-G. Farbenindustrie A.G. und der Standard Oil Co. für die Hydrierung (Verflüssigung) von Kohle und Öl werden für die gesamte Welt, mit Ausnahme von Deutschland, durch eine Gesellschaft übernommen, die sich im gemeinsamen Besitz beider Parteien befindet. Die Standard Oil Co. wird die Geschäftsführung dieser Gesellschaft übernehmen.

2. Eine Sondervereinbarung für das von der I.-G. Farbenindustrie hergestellte Benzol ist für den deutschen Markt vorgesehen, unter Bedingungen, welche die Interessen der I.-G. Farbenindustrie, A.G., wahren.

3. Durch die bestehende enge Zusammenarbeit beider Parteien wird die Untersuchung und Entwicklung neuer Produkte und Verfahren erweitert und sichergestellt. Die Bedeutung der vorstehend erwähnten Vereinbarung liegt darin, daß der I.-G. Farbenindustrie, A.G., für Deutschland eine Vorzugstellung mit finanziellen Vorteilen eingeräumt wird, während für die übrigen Länder die Verfahren der I.-G. Farbenindustrie, A.G., auf dem Hydrierungsgebiet in Zusammenarbeit mit der Öl-Interessenten wirtschaftlich weiter entwickelt werden können. Nachdem nun sicher ist, daß der Hydrierungsprozeß der Industrie eine neue wirtschaftliche und technische Grundlage gibt, sind beide Parteien der Überzeugung, daß diese Entwicklung durch das Abkommen in die richtigen Bahnen gelenkt und die wirtschaftliche Anwendung des Verfahrens beschleunigt wird. Es ist jetzt bereits zu übersehen, daß der I.-G. Farbenindustrie, A.G., aus dem Abkommen mit der Standard Oil Co. erhebliche Beträge zufließen werden.

So weit der Bericht des Aufsichtsrates über diesen Punkt. Vermutlich geht die Vereinbarung dahin, daß die amerikanische Standard Oil der I.-G. in Deutschland keine Konkurrenz machen wird. Wie sich diese Abmachungen finanziell auswirken, wird erst zukünftig festzustellen sein.

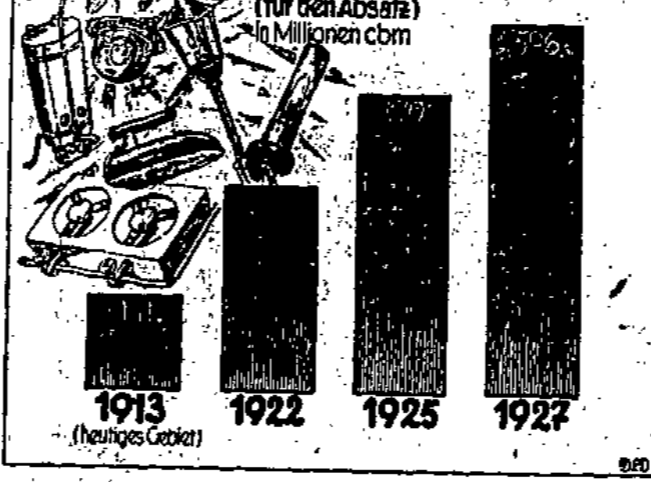
Interessant ist, was über die finanzielle Lage der I.-G. Farbenindustrie gesagt wird. Die finanzielle Entwicklung des Unternehmens ist zu einer Zeit, wo Tausende von Arbeitern durch die Entlassungen in das wirtschaftliche Nichts gestoßen wurden, für die I.-G. mehr als günstig gewesen. Sie wird von dem Unternehmen sehr bescheiden als befriedigend bezeichnet. Die Bankverpflichtungen, welche Ende 1928 82 Millionen Mark betragen, haben sich auf 38 Millionen Mark ermäßigt, während gleichzeitig das Bankguthaben auf 120 Millionen Mark gestiegen ist. Rechnet man für die Zukunft noch die bedeutende Lohnneinsparung durch die Entlassung zahlreicher Arbeiter hinzu, so ergibt sich für die I.-G. Farbenindustrie eine außerordentlich günstige Geschäftslage. Trotzdem sollen voraussichtlich auch für das kommende Jahr 12 Prozent Dividende verteilt werden.

Bereits im Vorjahr haben sich nicht nur die Arbeitervertreter, sondern auch ausgesprochene Tageszeitungen des Unternehmenslagers über die vorsichtige Dividendenpolitik der I.-G. Farbenindustrie geäußert, die mit den Gewinnergebnissen des Trüsters nicht im Einklang stand. Man sprach davon, daß die vorsichtige Dividendenpolitik mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung erfolgt sei. Das dürfte im laufenden Jahre wohl noch in einem größeren Maßstabe der Fall sein. Es würden also erhebliche Kapitalien wiederum der inneren Stärkung des Farbentrüsters zufließen.

Alles in allem betrachtet, ergibt sich angesichts dieser Geschäftslage die Folgerung, daß für die Aktionäre der I.-G. Farbenindustrie auch das diesjährige Geschäftsjahr reichlichen Segen bringen wird. Viele Tausende von Arbeitern aber, die jahrelang zu diesem glänzenden Gewinnergebnis beigetragen haben, wandern zum Dank dafür jetzt bei Beginn des Winters, wenige Wochen vor dem Weihnachtsfest, in Elend und Arbeitslosigkeit.

R. Segerer.

Die Leuchtgaszerzeugung der Kokereien



Die Leuchtgaszerzeugung der Kokereien in Deutschland. Außer in den Gasanlagen wird das Gas auch in den Kokereien der Hüttenwerke für allgemeine Verbrauchszwecke gewonnen. Die Gasindustrie der Kokereien hat in Deutschland besonders in den letzten Jahren zunehmende Bedeutung erlangt, namentlich infolge des Uebergangs zur Ferngasverteilung. Vor dem Kriege bestanden in Deutschland 33 Hochdruckanlagen für die Fernverteilung, nach dem Kriege wurde diese in den verschiedensten Landesstellen weiter ausgebaut. Die bedeutendste deutsche Ferngasverteilung besitzt das rheinisch-westfälische Industriegebiet. Die gesamte Leuchtgaszerzeugung der Kokereien betrug 1927 fast das Vierfache der Vorkriegszeit.

Künstlicher Kautschuk?

Die chemische Industrie, die in der Nachkriegszeit auf dem Gebiete der Rohstoffversorgung durch künstliche Darstellung große Erfolge zu verzeichnen hat, beschäftigt sich bereits seit vielen Jahren auch mit der Darstellung des künstlichen Kautschuks. Der Stand der Versuche über dieses Produkt, für dessen Einfuhr als Naturprodukt wir jährlich große Summen zur Verfügung stellen müssen, ist zur Zeit nicht ganz durchsichtig. Bekannt ist, daß der I.-G. Farbenindustrie die Darstellung synthetischen Gummis gelungen ist, daß er auch in beschränktem Maße bereits technisch verarbeitet wird. Jedoch scheint die Produktion in preistechnischer Hinsicht noch Schwierigkeiten zu begegnen, so daß die Anwendung dieses Materials vorläufig noch beschränkt bleibt.

Vor einigen Tagen ging nun durch die Presse die aufsehenerregende Meldung, daß es einem Chemiker Kleiber in Lugano gelungen sei, einen hochwertigen und überaus billigen synthetischen Kautschuk herzustellen. Dieses neue Verfahren soll von verschiedenen Chemikern geprüft worden sein, die die Erfindung Kleibers bestätigen. Da ist es nun besonders interessant, daß die I.-G. Farbenindustrie folgende Mitteilung verbreitet:

„Herr Kleiber hat im Jahre 1927 der I.-G. Farbenindustrie, Aktiengesellschaft (Werk Leverkusen), eine analoge Erfindung angeboten. Zwei erfahrene Kautschukchemiker dieser Firma haben seine Angaben in Lugano nachgeprüft und dabei festgestellt, daß Kleiber nicht imstande war, synthetischen Kautschuk herzustellen, daß dagegen in einem gewissen Stadium der Experimente eine Naturgummilösung heimlich und ohne sachlichen Grund in den Versuchsgang gebracht wurde. Dieser Naturkautschuk fand sich stets nur an derjenigen Stelle eines plombierten Apparates vor, die durch eine vergessene Thermometeröffnung zugänglich war; unter dieser Öffnung wurde die Korkscheibe einer Tube gefunden, wie solche für die im Handel befindlichen Kautschuklösungen vielfach verwendet werden. Kleiber hat auf diese schwer belastenden Befunde hin seinem damaligen Kompanion Primavesi ein entsprechendes Geständnis abgelegt. Die I.-G. Farbenindustrie, Aktiengesellschaft, beabsichtigt aber nicht, nochmals Verhandlungen oder Versuche mit Kleiber aufzunehmen.“

Somit scheint auch diese Seifenblase endgültig zerplatzt zu sein. Nach unseren Informationen ist die künstliche Kautschukgewinnung außerordentlich schwierig, da es sich um einen komplizierten Arbeitsprozeß handelt, der mit kostspieligen Apparaten arbeitet.

R. Segerer.

Zusammenschluß in der deutsch-französischen Chemie

Seit einiger Zeit fanden Verhandlungen zwischen Okerhals (Kokswerke und chemische Fabriken A.G.) und dem französischen Chemiekonzern Du Pont de Nemours statt, die jetzt zu dem Ergebnis führen, daß zwischen den beiden Gesellschaften ein Vertrag abgeschlossen wurde über die Aufbarmachung der langjährigen Erfahrungen Du Ponts auf dem Gebiete der Nitrocellulose. Es handelt sich hier um die Verwertung dieser Produktionsverfahren auf dem deutschen Markt. Der Du-Pont-Konzern wird sich an der zum Konzern der Kokswerke gehörigen Lackfabrik Oskar Mosbach, A.G. (Elbe), die ihr Kapital beträchtlich erhöhen wird, beteiligen. Mit dem Ausbau der Anlagen in Niesha und der Aufnahme der Fabrikation soll baldigst begonnen werden.

In Zusammenhang damit dürfte die Geschäftslage der Kokswerke und chemischen Werke A.G. interessieren, die über einen Ausbau ihrer Unternehmungen und Steigerung der Umsätze und Gewinnszahlen berichtet. Die Lage der mit dem Unternehmen verbundenen Bergwerksbetriebe soll sich gegenüber dem Vorjahre verbessert haben, ebenfalls haben sich die Umsätze gesteigert, jedoch werden sie als unzureichend geschildert. Die Produktion an Koks wurde restlos abgesetzt, das Geschäft in Benzol war zufriedenstellend. Dagegen soll die Produktion auf dem Teerprodukten- und Ammoniakgebiet unter dem Einfluß der schlechten Wirtschaftslage nicht befriedigend haben. Die übrigen chemischen Unternehmungen und die

ihnen angeschlossenen Betriebe weisen auf Grund des bisherigen Verlaufs des Geschäftsjahres steigende Umsätze mit befriedigenden Ergebnissen aus. In Oberschlesien ist eine neue Kokerei und eine Schwefelsäurefabrik im Bau begriffen. Die Beilage der Gesellschaft wird als befriedigend angegeben und zeigt keine Anspannungen. Die Gesamtergebnisse der abgelaufenen Monate des Geschäftsjahres sind besser als die der gleichen Zeit des Vorjahres. Auch in der Aufsichtsratsitzung der Schering-Kalbsbaum-A.G. berichtigte der Vorstand über den Geschäftsgang in dem abgelaufenen Teil des Geschäftsjahres 1929. Daraus ergibt sich, daß die Umsätze und Gewinnzahlen gegenüber dem Vorjahre eine bedeutende Steigerung aufzuweisen haben.

Nach all dem, was bisher aus den Berichten chemischer Unternehmungen Deutschlands zu ersehen ist, ist die Geschäftslage der Unternehmungen zur Zeit durchaus günstig, zu einem großen Teil sind ansehnliche Umsatz- und Gewinnsteigerungen zu verzeichnen. Im allgemeinen darf man deshalb hoffen, daß das Geschäftsergebnis der chemischen Industrie Deutschlands für das laufende Jahr ein sehr befriedigendes sein wird, d. h. für den Unternehmer, denn trotz der Kampfansage des deutschen Unternehmertums auf der letzten Tagung des deutschen Industrieverbandes gegen Sozial- und Lohnpolitik steht das Arbeitseinkommen der Arbeiter der chemischen Industrie auch heute noch in einem schreienden Mißverhältnis zur Leistungsfähigkeit dieses Industriezweiges.

R. Segerer.

Papier-Industrie

Internationale Konferenzen

In der Vorkriegszeit galten nicht nur in Deutschland, sondern auch im gesamten übrigen Auslande Sozialdemokraten und moderne Gewerkschaftler als „vaterlandslose Gesellen“, weil sie es wagten, auf internationalen Konferenzen die Wirtschaftslage ihrer Berufe und Länder zu besprechen und nach Mitteln und Wegen zu suchen, die es ermöglichen sollten, die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft zu heben und die Klassensolidarität des Proletariats zu stärken.

Nach dem Kriege sind auch in verstärktem Maße die Unternehmer aller Industriestaaten unter die vaterlandslosen Gesellen gegangen und veranstalten internationale Zusammenkünfte, um die Wirtschaftslage der einzelnen Industrien und Staaten zu besprechen und um Maßnahmen zur Hebung ihres Profits zu beschließen. Solche Konferenzen sind in der Nachkriegszeit auch in der internationalen Papiererzeugungsindustrie zur ständigen Einrichtung geworden.

Mittleuropäische Papierholz-Konferenz

Am 22. Oktober 1929 versammelten sich in Prag die Vertreter der Schleifholz produzierenden europäischen Länder, um Beratungen über den mitteleuropäischen Schleifholzmarkt und seine Aussichten abzuhalten. Es wurde festgestellt, daß die Schleifholz-Nachfrage infolge ständig steigenden Bedarfs der mitteleuropäischen Papiererzeugungsindustrie auch weiterhin gut ist. Ferner wurde Klage geführt über die erhöhten Produktionskosten, die angeblich für die durch die Sturmkatastrophen im Juli d. J. betroffenen Staaten (Tschchoslowakei, Österreich und Deutschland) im Durchschnitt um 50 Prozent gestiegen seien.

So weit der über diese Konferenz herausgegebene Bericht. Wahrscheinlich haben auch die Papierholzpreise und deren Festsetzung auf dieser Konferenz eine ausschlaggebende Rolle gespielt, denn wenn schon die Unternehmer national oder international zusammenkommen, dann spielt bestimmt die Preisgestaltung im Interesse ihrer Geldsackvorteile eine ausschlaggebende Rolle. Allerdings verstehen die Herrschaften nach außen hin über derartige Maßnahmen vortrefflich zu schweigen.

Packpapier-Konferenz

Ende Oktober 1929 tagten in Wien die Vertreter der österreichischen, tschechoslowakischen, ungarischen und jugoslawischen Packpapierfabrikanten, um das am 31. Dezember 1929 ablaufende Kartellabkommen zu verlängern. Bei dieser Gelegenheit sollen die tschechoslowakischen Vertreter ihre Bereitwilligkeit bekräftigt haben, sich vom österreichischen Markt zurückzuziehen, wenn sie dafür bei der Belieferung des ungarischen Marktes einen höheren Belieferungsanteil erhalten. Ebenso sollen die österreichischen Packpapierfabrikanten bereit sein, auf den jugoslawischen Packpapiermarkt teilweise zu verzichten. Die endgültigen Beschlüsse dieser Konferenz sind bis heute noch nicht bekannt geworden.

Feinpapier-Konferenz

Am 13. und 14. September 1929 versammelten sich in Norwegen die Feinpapierfabrikanten Deutschlands, Österreichs, Belgiens, Finnlands, Norwegens, Schwedens und der Tschchoslowakei. Auch hier wird von den Unternehmern über die gefassten Beschlüsse strengstes Stillschweigen gewahrt. Geprägt wurden die verfügbaren statistischen Angaben über Erzeugung und Ausfuhr und dabei festgestellt, daß die Ausfuhrzahlen ständig zurückgehen. Einigkeit herrschte ferner darüber, daß die bestehenden Preise unbefriedigend sind.

Pergamentpapier-Konferenz

Anschließend an die Feinpapier-Konferenz in Norwegen fand eine Versammlung der Mitglieder der internationalen norwegischen, schwedischen und finnischen Vereinigung „Fett-dicht“ statt. Auf dieser Konferenz wurde bestätigt, daß die Marktverhältnisse gut sind und die festgesetzten Preise ohne Schwierigkeit aufrechterhalten werden können.

Holzstoff-Konferenz

Am 16. und 17. September 1929 tagten die Vertreter der finnischen, norwegischen und schwedischen Holzstoffindustrie in Oslo. Dabei wurde folgender Beschluß gefaßt: Mit Rücksicht auf die zur Zeit herrschenden Marktbedingungen muß im Jahre 1930 die Holzstoffherzeugung in Finnland, Norwegen und Schweden so eingeschränkt werden, daß ein richtiges Verhältnis zwischen Zufuhr und Nachfrage besteht.

Für Finnland soll dieser Beschluß bedeuten, daß die Holzschiffherstellung für die Ausfuhr um 33 Prozent oder um 122 500 Tonnen verringert wird. Von diesen Einschränkungsmaßnahmen erwarten die skandinavischen Holzstoffherzeuger eine Stabilisierung des Auslandsmarktes und ein Steigen der Holzstoffpreise.

Die internationale Papierarbeiterschaft sollte an diesen Konferenzen ihrer Unternehmer nicht achlos vorübergehen, sondern auch ihrerseits durch Stärkung ihrer nationalen Organisationen dazu beitragen, daß die internationalen Verbindungen der organisierten Papierarbeiterschaft gleichfalls gestiftet werden. **E. Stähler.**

Die Rationalisierung geht auf Kosten des Menschentums und der Menschenwürde.

Nach der „Papierzeitung“ hat in der Berliner Typographischen Gesellschaft am 22. Oktober 1929 Herr Rudolf Engelhardt aus Leipzig einen Vortrag über „Schaffen und Erfolg“ gehalten, dessen Inhalt nicht nur für das Buchdruckgewerbe als typisch bezeichnet werden kann, sondern auch für die Papiererzeugungsindustrie und die meisten übrigen deutschen Industrien volle Geltung besitzt.

Nach der „Papierzeitung“ führte Engelhardt aus, daß das Tempo der Entwicklung von Jahr zu Jahr steigt und der Rhythmus der Arbeit heute ein anderer sei als vor 50 Jahren. Überall zeige sich ein Streben nach höchster Leistung bei kleinstem Kraftaufwand, das durch das Schlagwort Rationalisierung, Typisierung, Normierung, Taylorsystem und Fordismus gekennzeichnet werde. Alle diese auf Erzielung eines höchsten Arbeitseffektes hinauslaufenden Methoden gingen aber auf Kosten des Menschentums und der Menschenwürde.

Zur Zeit des Handwerks sei der Mensch nicht nur durch seine Arbeit erfährt und harmonisch in das Erwerbsleben, sondern auch in das ganze Leben eingeordnet worden. Heute sei das Handwerk zur Industrie geworden und ein großer Teil der Menschen sei Sklave der industriellen Massenproduktion, in der die Teilarbeit vorherrsche. Redner weist dann darauf hin, wie Taylor und Ford Wege zur Höchstleistung gezeigt hätten. Eine Überspannung des Taylorismus würde aber aus Arbeitern Maschinen mit hoher Tourenzahl machen und ihre Arbeit zu einer wenig würdigen Form herabdrücken. Bei einer solchen Arbeitsweise könne aber der Arbeiter seine geistigen Fähigkeiten nicht zeigen.

Trotz dieser Kritik, die auch unsere Zustimmung findet, trat der Vortragende für die Anwendung dieser Rationalisierungsmaßnahmen im Buchdruckgewerbe ein; wieder einmal ein Zeichen dafür, daß selbst ein sozialpolitisch angehauchter Unternehmer sich aus dem Bann der heutigen kapitalistischen Verhältnisse nicht befreien kann. **E. Stähler.**

Preiserhöhungen für Buntpapier.

Nach Mitteilungen der Fachpresse hat die Vereinigung der Buntpapierfabrikanten die Verkaufspreise für Buntpapier einheitlich um 5 Prozent erhöht.

Nahrungsmittel-Industrie

Voraussichtliche Zuckererzeugung 1929/30.

In Nr. 43 des „Proletariats“ brachten wir eine Übersicht über die voraussichtliche Rübenzuckererzeugung in der laufenden Kampagne. Wir hatten darin gezeigt, daß die Rübenverarbeitung und die Zuckererzeugung in der laufenden Kampagne in Deutschland voraussichtlich wesentlich geringer sein werde als im vorigen Jahre. Grundlage unserer Betrachtung war eine Erhebung des Vereins der deutschen Zuckerindustrie zu Anfang Oktober 1929. Nach der damaligen Schätzung erwartete man bei der Zuckererzeugung in Deutschland einen Rückgang von 8,73 Prozent. Der erwartete Rückgang wurde in erster Linie auf das trockene Wetter im letzten Sommer zurückgeführt. Nun hat der Verein der deutschen Zuckerindustrie im November eine neue Umfrage vorgenommen. Diese ergibt ein wesentlich anderes Bild als die Oktober-Umfrage. Um unsere Kollegen zu unterrichten, bringen wir auch das neue Umfrageergebnis nach Bezirken, soweit die Rübenverarbeitung in Frage kommt. Die Zuckererzeugung ergibt ungefähr das gleiche Bild. Danach soll sich die Rübenverarbeitung in den einzelnen Bezirken folgendermaßen gestalten:

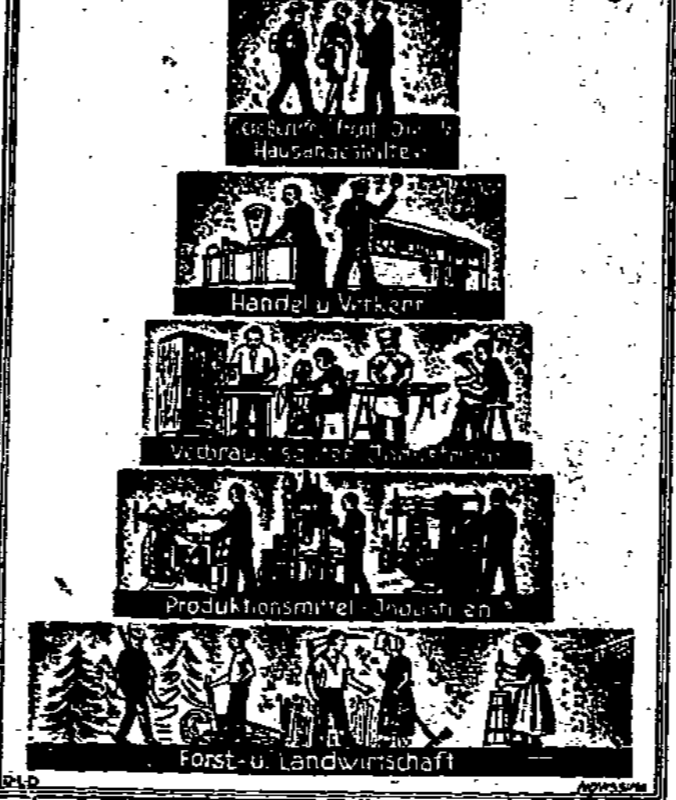
Landesteil	Rübenverarbeitungs- 1928/29	1929/30 voraussichtlich	Ver- änderung in %
Ostpreußen	1 639 200	1 585 000	- 3,31
Brandenburg	5 930 800	5 870 000	- 1,36
Pommern	6 730 650	6 590 000	- 2,09
Schlesien	21 979 650	24 057 000	+ 9,45
Provinz Sachsen und Thüringen	33 164 750	31 698 000	- 4,42
Hannover und Hollstein	12 593 300	12 027 500	- 4,49
Westfalen, Hessen-N.	1 540 500	1 566 000	+ 1,27
Rheinland	7 036 050	7 250 000	+ 3,04
Südwestfalen	9 032 350	9 675 000	+ 7,11
Freistaat Sachsen	1 133 150	1 245 000	+ 9,87
Mecklenburg	4 531 100	4 289 000	- 5,34
Brandenburg	5 746 350	5 524 500	- 3,86
Bayern	4 098 450	3 710 000	- 9,48

Wenn wir diese Anstellung mit der ersten Anstellung in Nr. 43 des „Proletariats“ vergleichen, dann kann festgestellt werden, daß die voraussichtliche Rübenverarbeitung in den verschiedenen Bezirken nach der jetzigen Schätzung bei weitem nicht so stark hinter dem Vorjahre zurückbleibt, wie es nach der Oktober-Umfrage schien. So sollte z. B. der Bezirk Brandenburg nach der Oktober-Umfrage einen Rückgang von 17,03 Prozent haben, nach der jetzigen nur 1,36 Prozent. Pommern sollte einen Rückgang von 13,23 Prozent haben, jetzt nur 2,09 Prozent. Die Zunahme in Schlesien beträgt nach der jetzigen Schätzung 9,45 Prozent, nach der früheren nur 7,21 Prozent. Die Provinzen Sachsen und Thüringen, eines der Hauptanbaugebiete, sollte nach der Oktober-Umfrage einen Rückgang von 16,9 Prozent haben, nach der jetzigen nur 4,42 Prozent. Bei Hannover und Hollstein betrug der Rückgang nach der damaligen Schätzung 16,8 Prozent, heute nur 4,49 Prozent. Ähnlich liegen die Dinge in Mecklenburg, Brandenburg und Bayern.

Wie kommt es nun, daß zwischen den beiden Schätzungen eine so große Differenz besteht, obwohl beide Erhebungen durch Umfrage des Vereins der deutschen Zucker-Industrie bei

den Fabriken vorgenommen wurden? Hierzu können in erster Linie zwei Ursachen vorliegen. Es ist möglich, daß man bei der ersten Umfrage die Verarbeitungsmengen nicht restlos erfasst hat, was jetzt nachgeholt ist. Dann hat aber das schnelle Wetter den Wuchs der Rüben noch bedeutend gefördert, so daß pro Anbaufläche mehr Rüben zur Verarbeitung kommen können, als Anfang Oktober erwartet wurde. Die gesähte Zuckererzeugung Deutschlands sollte nach der Oktober-Umfrage um 8,73 Prozent hinter dem Vorjahre zurückbleiben, und die Rübenverarbeitung um 8,68 Prozent. Nach der neuesten Erhebung soll bei der Rübenverarbeitung sogar eine kleine Zunahme gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen sein, während bei der Zuckererzeugung ein Minus von 1,11 Prozent

Wie verteilen sich die Erwerbstätigen auf die großen Wirtschaftszweige?



Wie verteilen sich die Erwerbstätigen auf die großen Wirtschaftszweige?

Von den 32 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland sind 9,8 Millionen, also 30,5 Prozent, in der Landwirtschaft tätig. Allerdings sind von dieser Zahl von 9,8 Millionen Erwerbstätigen mehr als die Hälfte weibliche Arbeitskräfte, in erster Linie mitarbeitende Familienangehörige, während von der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in Deutschland nur etwas über ein Drittel weibliche Arbeitskräfte sind. Immerhin stellt die Landwirtschaft, selbst wenn man mit Rücksicht auf die mitarbeitenden Familienangehörigen eine Einschränkung vornimmt, noch ein reichliches Viertel der erwerbstätigen Kräfte in der deutschen Wirtschaft.

erwartet wird. Die Gegenüberstellung dieser beiden Zahlen läßt die Annahme zu, daß die Rübe im Monat Oktober noch sehr stark gewachsen ist und daß der Abnahmerückgang zwischen den beiden Schätzungen zu einem großen Teile auf diesen Nachwuchs zurückzuführen ist. Der Umstand, daß bei der Rübenverarbeitung eine geringe Zunahme, bei der Zuckererzeugung aber eine Abnahme zu verzeichnen sein soll, läßt den Schluß zu, daß im Oktober wohl die Rübe noch gewachsen ist, die Zuckerbildung aber mit dem Wachstum nicht Schritt gehalten hat. Es kann also gesagt werden, daß wir in Deutschland in der laufenden Kampagne einen wesentlichen Rückgang bei der Zuckererzeugung nicht haben werden.

Weiter liegt auch die November-Umfrage für die internationale Rübenzucker-Vereinigung vor, auf die wir bei unserer Betrachtung in Nr. 43 des „Proletariats“ ebenfalls zurückgegriffen hatten. Bei der Rübenzuckerverarbeitung wurde damals auch hier ein Rückgang von 5,55 Prozent erwartet und bei der Rübenzuckererzeugung von 5,49 Prozent. Auch hier soll nach der neuesten Schätzung Rübenverarbeitung und Zuckererzeugung günstiger ausfallen. Es wird nunmehr bei der Rübenverarbeitung nur ein Minus von etwas über 2 Prozent und bei der Zuckererzeugung nur ein Minus von etwas über 1 Prozent erwartet. Der Rückgang bei der Zuckererzeugung wird hier also voraussichtlich nicht so groß sein wie bei der Rübenverarbeitung.

Zusammen mit diesen Schätzungen liegt auch eine Schätzung der Newporcker Statistiker Willel u. Gray über die voraussichtliche Weltzuckererzeugung 1929/30 vor. Diese schätzen die gesamte Rübenzuckererzeugung auf 9 175 000 Tonnen, gegen 9 357 000 Tonnen im Vorjahre. Die Rohzuckererzeugung ist auf 17 612 000 Tonnen gegen 17 831 000 Tonnen im Vorjahre geschätzt. Demnach wäre bei der Weltzuckererzeugung mit einem Rückgang von nicht ganz 400 000 Tonnen in der laufenden Kampagne zu rechnen. Dazu kommt, daß der Zuckerverbrauch von Jahr zu Jahr steigt, und daß sich dadurch die Anforderungen an den Markt ebenfalls erhöhen werden. Wir haben aber auf dem Zuckermarkt so starke Reserven, daß dieser geringe Rückgang und auch der Mehrverbrauch diese noch bei weitem nicht ansprechen werden. Auf keinen Fall ist mit einer Zuckerknappheit zu rechnen.

E. Senkfeil.

Verschiedene Industrien

Der zum Hausarbeiter gestempelte Betriebsarbeiter ist gewerbesteuerfrei!

II.

In einigen thüringischen Industrien kommt es mitunter vor, daß ausgesprochene Betriebsarbeiter zu Hausarbeitern gestempelt werden. Der Zweck dieser Wirklichkeits-Vergehwaltung ist durchsichtig genug. Man will damit Verschleierungen in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung erreichen. Nicht genug damit, daß der zum Hausarbeiter gestempelte Betriebsarbeiter in der Regel die Sozialversicherungsbeiträge in vollem Umfange allein, also auch den Arbeitgeberanteil aufbringen muß, hatte das Rentamt Gotha auch einen solchen Arbeiter zur Gewerbesteuer herangezogen.

Gegen diese Zusammenfassung hat der Betroffene beim Rentamt in Gotha Einspruch erhoben. Der Einspruch und die gegen die Einspruchsentscheidung geführte Berufung wurden zurück-

gewiesen. Auf Grund unserer Rechtsbeschwerde beim Obersten Verwaltungsgericht in Jena, die sich stützte auf die unrichtige Anwendung und Nichtanwendung des bestehenden Rechtes wurde am 25. 9. 29 nachstehendes Urteil gefällt:

Das Urteil des II. Steuerberufungsausschusses vom 27. März 1929 wird aufgehoben. Der Berufungsbeklagte wird von der Gewerbesteuer für das Steuerjahr 1925 freigestellt. Die Kosten trägt das Land Thüringen.

Die Auffassung des II. Steuerberufungsausschusses des Landes Thüringen zur Begründung seiner Zurückweisung der Berufung gegen die Einspruchsentscheidung des Rentamtes Gotha ist in diesem Falle die gleiche, wie sie durch den Artikel „Der Hausarbeiter ist gewerbesteuerfrei“ in Nr. 49 des „Proletariats“ bekannt geworden ist.

In der mündlichen Verhandlung am 25. 9. 29 hat das Oberste Verwaltungsgericht in Jena weitere Feststellungen gemacht und seinem Urteil zugrunde gelegt. Wir lassen hiermit einen Teil der Urteilsbegründung im Wortlaut folgen:

„Der Beschwerdeführer arbeitet in einem Gebäude der Firma Kämmer & Reinhardt, AG., das zur Fabrik gehört. Er hat mit der Firma keinen Mietvertrag über die benutzten Räume abgeschlossen; dort arbeitet er auch noch mit anderen Arbeitern zusammen und muß die Räume nach Arbeitsluß ebenso wie die anderen Arbeiter verlassen.

Für andere Arbeitgeber darf der Beschwerdeführer nicht arbeiten. Es wird ihm nicht erlaubt, fremde Arbeitskräfte zu beschäftigen; das würde auch praktisch für ihn gar nicht in Frage kommen, weil er den von ihm etwa Beschäftigten höhere Tariflöhne zahlen müßte, als er selbst Lohn für seine Arbeit erhält. In den tatsächlichen Arbeitsbedingungen ist kein Unterschied zwischen dem Beschwerdeführer und den eigentlichen Fabrikarbeitern der Firma vorhanden.

Schließlich hat der Beschwerdeführer der Firma gegenüber keinen Anspruch auf Beschäftigung. Bei Arbeitsmangel, auch während der geschäftsfreien Zeit im Frühjahr, wird er nicht beschäftigt. Daß er in einem früheren Steuerjahr kein steuerbares Einkommen erreicht hat, erklärt sich daraus, daß ihn die Firma in diesem Jahre wegen einer Arbeitskräftelücke lange Zeit nicht beschäftigen konnte. — Der Beschwerdeführer trägt die Beiträge zur Sozialversicherung selbst; der Arbeitgeber zieht ihm auch nicht die Steuern vom Arbeitslohn ab. Das tut aber die Firma nach Ansicht des Beschwerdeführers nur deshalb nicht, um die Soziallasten von sich abzuwälzen und auf die Selbstständigkeit des Augenemehers hinweisen zu können.

Der Beschwerdeführer bleibt nach diesen Feststellungen dabei, daß seine Tätigkeit durchaus selbstständig sei, und er von der Gewerbesteuer freigestellt werden müsse.

Seine Rechtsbeschwerde mußte Erfolg haben.“

Die übrige Begründung des Urteils ist gehalten wie in dem schon oben erwähnten Artikel „Der Hausarbeiter ist gewerbesteuerfrei“. Das Gebaren des Rentamtes Gotha und des II. Steuerberufungsausschusses des Landes Thüringen ist typisch und dürfte in der Steuerpraxis einzig dastehen. Wenn der Standpunkt dieser beiden Steuerstellen richtig wäre, dann müßten alle Akkord-Betriebsarbeiter zur Gewerbesteuer herangezogen werden. Das hätte vom Rentamt Gotha und dem II. Steuerberufungsausschuß erkannt werden müssen. **H. Eiflein.**

Frauenfragen.

Die Tätigkeit der Arbeiterinnen-Agitationskommission im Gau Sachsen

Der Gegenstand eingehender Beratungen am Sonntag, dem 10. November, im Volkshaus zu Leipzig. Die Zahlstellen Banzen, Dresden, Chemnitz, Leipzig, Heidenau, Wurzen, Meißen, Freiberg, Zwickau und Riesa waren durch Kolleginnen als Delegierte vertreten. Auch die verantwortlichen Bevollmächtigten der betreffenden Zahlstellen sowie die Gauleitung und Kollegin Z a m m e r t vom Hauptvorstand waren anwesend.

Grundsätzliche und praktische Erwägungen hatten die Gauleitung in Sachsen bestimmt, auch ein Arbeitsprogramm vorzulegen, dessen positive Auswertung in den einzelnen Zahlstellen erwartet werden kann. Kollegin Z a m m e r t vertrat in ihren Ausführungen den Standpunkt, daß sich die ganze Mitgliederwerbung unter den Arbeiterinnen auf einer festeren, soliden Basis entwickeln müsse. Zu einer erfolgreichen Werberarbeit unter den Frauen sei es vor allem nötig, daß die Zahl unserer Funktionärinnen gesteigert wird. Viele Situationen im Betriebe und besonders die so wichtigen Arbeiterinnen-schulbestimmungen können gute gewerkschaftsorganisatorische Auswertung finden. Natürlich gehöre dazu auch Schulung und Versammlungsleben, aber parallel mit den Versammlungen muß auch Betriebs- und Hausagitation stattfinden, an denen sich die Funktionärinnen intensiv beteiligen müssen. Auch in anderen Gauen gibt es Versuche zu intensiverer, planmäßiger Mitgliederwerbung in Arbeiterinnenkreisen. Es sei zu wünschen, daß die sächsische Arbeiterinnen-Agitation gute Erfolge bringe und als gutes Beispiel in der Gesamtorganisation dienen kann.

Der Gauleiter, Kollege S i p p n e r, erläuterte die von ihm formulierten und vorgelegten Richtlinien und ging auf die sich den Zahlstellen entgegenstellenden Schwierigkeiten ein. Er schlug die Abhaltung eines Sonderschulungskurses für die Funktionärinnen im Gau vor und gab Anregungen für bessere Erfassung der noch unorganisierten Kolleginnen.

An der Ansprache beteiligten sich eine ganze Reihe Kolleginnen sowie Kollege Griesbach von der Gauleitung und einige Bevollmächtigte mit großem Interesse. Es kam besonders zum Ausdruck, daß man zweckmäßige und sicherlich wertvolle Schulungskurse auch in Form von Wochenendkursen im Gau arrangieren könne. Kollegin Zammert wurde beauftragt, beim Vorstand dahin zu wirken, daß diese Kurse die Unterstützung des Vorstandes finden.

Mit der Annahme des nachstehenden Arbeitsprogramms haben die sächsischen Zahlstellen sich eine zentrale Regelung, und hoffentlich auch bessere Durchführung der Frauenagitation geschaffen, die Erfolg verspricht — wenn auch wirklich gearbeitet wird.

Arbeitsprogramm:

Um die vielseitigen Interessen der Arbeiterinnen in den für unseren Verband zuständigen Betrieben zu fördern, dieselben dem Bewußtsein der Arbeiterinnen näher zu bringen

und eine nachdrückliche Vertretung zu ermöglichen, ist die Schaffung eines Funktionärskörpers unerlässlich.

In dem Bestreben, die auf dem Hamburger Verbandstag angenommene Beschlüsse B 18 verwirklichen zu helfen, bilden die Zahlstellen im Gau VII, Freistaat Sachsen, die Arbeiterinnen-Gaukommission.

Immer sind die Fragen der gesellschaftlichen Stellung der Arbeiterinnen sehr eng mit der Möglichkeit zureichenden gewerkschaftlichen Schutzes verbunden.

Mit Erfassung und Organisierung der Kolleginnen gehört auch das Problem der zweckmäßigen Heranbildung von Funktionärinnen zu den wichtigsten Aufgaben.

Im Kampfe gegen den gewerkschaftlichen Indifferentismus übernehmen wir die Verpflichtung, im besonderen Maße das Klassenbewußtsein der Arbeiterinnen zu fördern und Aufklärung durch Wort, Schrift und Bild in der zweckmäßigsten Form zu leisten.

Eine gut durchdachte, zielklare und lebendige Agitation zur Gewinnung der noch fernstehenden Fabrik- und Heimarbeiterrinnen ist notwendig.

Aufgaben der Arbeiterinnen-Gaukommission.

An der Erfüllung der Aufgaben haben die Kolleginnen der Kommission nach Kräften mitzuwirken. Sämtliche Mitglieder sind mit gleichen Rechten ausgestattet. Die Leitung der Sitzungen übernimmt die Gauleitung. Sie kann auch besonders geeignete Personen hiermit betrauen.

Die Kommission hat in der Wahrung und Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Interessen der weiblichen Verbandsmitglieder ihre wichtigste Aufgabe zu erfüllen.

Der Zweck soll erreicht werden durch:

1. Betreibung der Agitation unter den Arbeiterinnen.
2. Sammlung von Adressen anorganisierter Arbeiterinnen in den uns zuständigen Betrieben zur Weitergabe an die Zahlstellenleitungen.
3. Beteiligung an den Arbeiter- und Betriebsratswahlen und Aufstellung der Kandidatinnen.
4. Schaffung eines Vertrauenskörpers der weiblichen Funktionäre in allen für uns zuständigen Betrieben.
5. Teilnahme an der Hausagitation.
6. Verbreitung von Aufklärung über alle zum Schutze der Arbeiterin bestehenden gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften.
7. Erstattung von Gutachten an die Zahlstellen über geeignete Agitationsmaßnahmen unter den Arbeiterinnen allgemein oder in besonderen Industriezweigen.
8. Heranziehung geistig regierender Kolleginnen zur Mitarbeit.
9. Durchführung von Schulungskursen im Einverständnis mit den Zahlstellenleitungen für die anorganisierten Kolleginnen.
10. Heranbildung von weiblichen Referentinnen zur Übernahme von Arbeiterinnenversammlungen.
11. Sammlung von Material über gesundheitsgefährliche Arbeit der Arbeiterinnen.
12. Beschlußfassung über Veranstaltungen, die dem Wesen der weiblichen Mitglieder entsprechen.

Sitzungen der Arbeiterinnen-Gaukommission.

Die Sitzungen finden nach Bedarf zunächst mindestens monatlich einmal statt. Einberufen ist die Gauleitung. Der Tagungsort wird in jeder Sitzung für die nächste Sitzung bestimmt. In Ermangelung eines solchen Beschlusses, oder wenn besondere Umstände es geboten erscheinen lassen, bestimmt die Gauleitung den Tagungsort. Die Sitzungen finden in der Regel Sonntags statt. Die Einladungen sollen mindestens vier Tage vorher im Besitz der Kommissionsmitglieder und der Zahlstellen sein. Die Kommissionsmitglieder sollen von etwaiger Verhinderung an der Teilnahme der Sitzungen ihre Zahlstellenleitung unterrichten, damit diese in der Lage ist, Stellvertreter zu entsenden.

Ein wirkungsvoller Werbeabend für Arbeiterinnen.

Am 22. November 1929 fand der erste Frauenabend statt, der vom Verband der Fabrikarbeiter, Zahlstelle Hannover, für die Arbeiterinnen der „Excelsior“ veranstaltet war. Die Besucher waren von dem reichhaltigen und sehr vielseitigen Programm des Abends nicht nur überrascht, sondern auch durchaus zufriedengestellt. Die Kolleginnen der „Excelsior“, die zum größten Teil die Ausgestaltung des Abends selbst übernommen hatten, stellten fünf typische Bilder aus dem Arbeitsleben dar: 1. Frauen beim Mittagstisch; 2. Verhandlung bei der Direktion; 3. Frauen beantragen Kriegsunterstützung und begrüßen Urlaubler; 4. Frauen beim Mittagstisch; 5. Verhandlung bei der Direktion.

Der Kollege Diegel charakterisierte sehr treffend in diesen fünf von ihm selbst entworfenen Bildern das Fabrikleben. Sehr gut war der Unterschied zwischen den freien Gewerkschaften und den Werkvereinen dargestellt. Mancher Besucher des Abends wird daraus gelernt haben.

Die Kollegin Jammert ging in ihrer Ansprache auf die Bedeutung der einzelnen Bilder ein und führte etwa folgendes aus:

In der Verfassung des Deutschen Reiches ist die Frau als Staatsbürgerin dem Manne wohl gleichgestellt, aber um ihre wirtschaftliche Gleichstellung kämpft sie noch. Wenn wir bedenken, daß in der Gummi- und Abfindungsindustrie mehr als ein Drittel aller Beschäftigten Frauen sind und diese fast immer von den gewerkschaftlichen Vorgängen schlechter unterrichtet sind als der Mann, so ist dies wohl zum größten Teil auf Hemmungen zurückzuführen, die die Erwerbsarbeit in gesundheitlicher Beziehung im Organismus der Frau herbeiführt; denn die Krankenkassenstatistik weist nach, daß der Prozentsatz der weiblichen Erkrankten und auch die Zahl der Krankentage der weiblichen Kassemmitglieder höher ist als bei den Männern.

Die Kollegin Jammert behandelte dann weiter die in der Vorkriegszeit entstandenen Gesetze, die für den Arbeiterrinnenschutz von Bedeutung sind. Sie zeigte an praktischen Beispielen, wie die Arbeiterinnen durch Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen umwichtige Vorteile gebracht werden, die ihnen nach den Schutzbestimmungen zustehen. Die Notwendig-

keit eines ausreichenden Gesundheitsschutzes für die Frau, die ja nicht nur Arbeiterin, sondern auch Gattin und Mutter, Trägerin der kommenden Generation ist, wurde eindrucksvoll begründet. Die Kollegin Jammert stellte besonders dar, welchen entscheidenden Anteil die freien Gewerkschaften an dem Zustandekommen der verschiedenen Sozialgesetze und Arbeiterschutzbestimmungen haben.

Die Minderbewertung der Frauenarbeit wirkt sich auch sehr stark in der Entlohnung der Arbeiterinnen aus, denen ja meist nur zwei Drittel der Männerlöhne gezahlt werden, und die oft für die gleiche Arbeit geringer entlohnt werden als die Männer. Wir können uns nicht damit einverstanden erklären, wenn oft gesagt wird, die Frau braucht nicht soviel zum Leben als der Mann. Aber warum braucht sie denn nicht soviel? Liegt es nicht daran, daß sie nicht mehr zu verbrauchen hat? Bei höherem Lohn würden auch die Anforderungen steigen, die die Frauen an die materiellen und geistigen Güter der Kultur stellen. Aber trifft in der Frage der Entlohnung nicht ein großer Teil der Schuld die Frau selbst? Betrachtet nicht meist die verheiratete Frau ihren Lohn als Nebenverdienst, sagt sie nicht oft, was kümmert mich der Verband?

Die Kollegin Jammert wies mit allem Nachdruck darauf hin, daß die Frauen sich bewußt werden müssen, wenn sie die vielen Verbesserungen im Arbeiterinnenschutz zu verdanken



Demokratisierung der Betriebe ist notwendig.

Die Demokratie im Staate ist noch nicht verwirklicht, wenn die oberste Gesetzgebungsgewalt einem aus allgemeinem und gleichem Wahlrecht hervorgegangenem Parlament übertragen wird. Vielmehr fordert die Demokratie, daß die lokale Verwaltung in Land, Bezirk und Gemeinde demokratischen Vertretungskörperschaften übertragen wird. Ganz ebenso ist eine demokratische Wirtschaftsverfassung noch nicht verwirklicht, wenn jeder Industriezweig von einem Verwaltungsrat regiert wird, der aus Bevollmächtigten der Volksvertretung, der Konsumenten und der Arbeiterschaft zusammengesetzt ist. Vielmehr erfordert die wirtschaftliche Demokratie auch, daß die lokale Verwaltung des einzelnen Industriebetriebes demokratisiert wird. Wie die freie Gemeinde die Grundlage des freien Staates ist, so ist die demokratische Betriebsverfassung die Grundlage der demokratischen Organisation der Gesamtwirtschaft.

Otto Bauer („Der Weg zum Sozialismus“).



haben, und mehr, daß wir durch die Tarifpolitik der Gewerkschaften wesentliche Verbesserungen in der Entlohnung nach dem Kriege zu verzeichnen haben. Sie soll sich nicht selbst von der Mitbestimmung im politischen und gewerkschaftlichen Leben ausschließen, sondern ihre teilweise veralteten Anschauungen ablegen und klassenbewußter werden; in die Versammlungen gehen und sich unterrichten, um mit den Männern gemeinsam für die Rechte der Frauen einzutreten. Zum Schluß rief sie noch zur eifrigen Mitarbeit in den Gewerkschaften auf und schloß mit den Worten, daß für die arbeitenden Frauen der gewerkschaftliche Zusammenschluß das einzige Mittel sei, um eine bessere Zukunft und eine vollkommene Gleichberechtigung der Frauen durchzuführen.

Von den anwesenden Arbeiterinnen wurde lebhaft dem Wunsche Ausdruck gegeben, solche Abende auch für andere Betriebe zu veranstalten. Es wäre sicher überall die gleiche gute Wirkung zu erzielen. Mit dem gemeinsam gesungenen Liede „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ wurde die eindrucksvolle Veranstaltung geschlossen. E. Funke.

Berichte aus den Zahlstellen.

Großenhain. Jubilarsfeier. Am 20. November versammelten sich die Funktionäre der Zahlstelle im Restaurant „Zum Stiesel“, um einige Kolleginnen zu ehren, die auf eine langjährige Mitgliedschaft zur gewerkschaftlichen Organisation zurückblicken können. Es sind dies die Kolleginnen Paul Jähnichen, Paul Wurm, Emil Kloppe, Fritz v. Ludwig und Otto Wölk. Die ersten drei gehören 25, die beiden anderen über 30 Jahre dem Verbands an. Aus diesem Anlaß wurde ihnen eine vom Hauptvorstand gewidmete Ehrenmappe vom Kollegen Föllner überreicht. Kollege Häppner vom Gauvorstand überbrachte die Grüße und Glückwünsche des Hauptvorstandes sowie der Gauleitung und dankte den Jubilaren für ihre dem Verband bewiesene Treue. In seiner Festansprache schilderte er den Weggang der gewerkschaftlichen Entwicklung in trefflichen Worten. Kollege Föllner forderte die Funktionäre zu weiterer tätiger Mitarbeit auf. Für die Jubilare dankte im bewegten Worten der Kollege Jähnichen für die ihnen dargebrachte Ehrung. Die Feier hielt die Teilnehmer bis zum Eintritt der Polizeistunde in angeregter Stimmung beisammen.

Hagen: Konferenz der Betriebsräte. Die Bezirksleitung Hagen hatte für Mittwoch, den 20. November 1929, die Betriebsräte der Zahlstellen Hagen, Hemer, Herdecke, Fröndenberg und Siegen zu einer Konferenz eingeladen. In der Kollege Milewiczek (Hannover) über „Das Betriebsrätegesetz“ und die Rechtsprechung zum Arbeitsrecht referierte. Er leitete sein Referat mit dem Hinweis auf die Reichsverfassung ein, die im Artikel 157 den Arbeitern ein einheitliches Arbeitsrecht verspricht. Es ist unbedingt notwendig, daß dies im Artikel 157 gegebene Versprechen eingelöst wird. Der Entwurf des Arbeitsvertragsgesetzes zeigt zwar die Absicht zu einer Vereinheitlichung des Arbeitsrechts. Die nähere Betrachtung dieses Entwurfes erweist aber, daß die Vereinheitlichung des Arbeitsrechts hier noch nicht verwirklicht ist. Das Betriebsrätegesetz ist ein Ausführgesetz zum Artikel 157 der Reichsverfassung, in dem im Abs. 2 den Arbeitern und Angehörigen eine gesetzliche Vertretung in den Betriebsräten usw. garantiert wird. Obwohl das Betriebsrätegesetz noch eine Reihe von Fehlern und Mängeln aufweist, so bringt es doch im allgemeinen für die Arbeiterschaft Vorteile von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Sollen diese Vorteile den Arbeitern reell zufließen, dann ist es aber unbedingt notwendig, daß sich die Arbeiterschaft und insbesondere ihre Funktionäre bzw. Betriebs-

räte mit dem Inhalt des Gesetzes und auch mit der diesbezüglichen Rechtsprechung genau vertraut machen. Dieses Vertrautwerden kann allein mit dazu beitragen, Fehler und Mängel des Gesetzes zu beseitigen. Leider muß recht oft festgestellt werden, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft nicht einmal die Möglichkeit der Errichtung einer Betriebsvertretung ausnützt. Hier ist nicht zuletzt die Laubst und Interesslosigkeit der Arbeiterschaft die Ursache. Wenn es auch verständlich ist, wenn einzelne Arbeiter aus Furcht vor wirtschaftlichen Nachteilen die Ernennung eines Wahlvorstandes beim Arbeitsgericht nicht beantragen, so ist diesem durch die Änderung des § 23 B.R.G. dadurch abgeholfen, daß die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter ermächtigt sind, die Ernennung von Wahlvorständen zu beantragen. Das Betriebsrätegesetz wurde vom Kollegen Milewiczek ausführlich besprochen. Wichtige Streitfragen wurden an Hand von Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts geklärt. Ganz besonders ist auf die Erfüllung der Formvorschriften zu achten, denn oft werden z. B. Klagen der Arbeiter, gestützt auf § 84 ff., von den Arbeitsgerichten abgewiesen, weil die gesetzliche Betriebsvertretung es unterlassen hat, die Formvorschriften zu beachten.

Der Kollege Reimann forderte zum Schluß der Konferenz die Anwesenden auf, sich mehr mit diesem für die Arbeiterschaft so wichtigen Gesetz vertraut zu machen. Den Spindeln der Arbeitgeber kann die freie Gewerkschaftsbewegung durchaus ebenbürtige Funktionäre entgegenstellen. Soll aber das Arbeitsrecht im Interesse der Arbeiterschaft angewandt werden, dann ist es unbedingt notwendig, daß sich auch der letzte Arbeiter den freien Organisationen anschließt.

Obersälen. Jubiläum. Ortsgruppe NSDAP der Bezirksabteilung Markredwitz feierte am 16. November in schlichter Weise ihr 25jähriges Bestehen, verbunden mit Ehrung von neun Jubilaren. Kollege Prell begrüßte die Erschienenen, besonders die Jubilare. Hierauf folgte die Festrede, die Koll. Nenninger (Charlottenburg) hielt. Im Namen der Bezirks-, Gau-, Branchen- und Bundesleitung des Keramischen Bundes sowie des Hauptvorstandes begrüßte er die Erschienenen. Er verstand es meisterhaft, die Entstehung der Gewerkschaften, vom Jungverein bis zum Industrieverband, zu schildern. Der alten Vorkämpfer gedachte er, indem er vor Augen führte, was es bedeutete, vor 20 und 30 Jahren organisiert zu sein. Den Frauen der Jubilare sprach er den Dank aus, denn sie waren es, welche alle Unbill und Not, hervorgerufen durch die Brutalität der Unternehmer, gemeinsam, aber ungebeugt, mit ihrem Gatten getragen haben. Mit einem Hoch auf die Jubilare und den Verband schloß Koll. Nenninger seine Rede. Anschließend überreichte er den Jubilaren für ihre 25jährige Verbandszugehörigkeit die vom Hauptvorstand gewidmeten Ehrenurkunden. Koll. Rogler dankte im Namen der Jubilare. Koll. Oskar Gebhardt, Gründer der damaligen Zahlstelle, schilderte die damaligen örtlichen Zustände. Der von der Kollegin Pauline Unglück eindrucksvoll gesprochene Prolog war der Würde des Abends voll angepaßt. Reichen Beifall ernteten auch die wackeren Sanges- und Turngruppen und -genossen. Nach ihnen sei an dieser Stelle Dank gesagt. Kollege Nenninger schloß die Feier mit einem Appell, dem Verbands auch weiterhin die Treue zu halten.

Literarisches.

Sozialdemokratischer Adresskalender für das Jahr 1930. Der Verlag, die „Vorwärts“-Buchdruckerei und Verlagsanstalt (Berlin SW 68, Lindenstr. 8), kann in jedem Jahre die angenehmsten Adressen verzeichnen. Die Presse hat ihren Kalender „den besten und vielfältigsten“ genannt, „in seiner Art unerreicht“, „ein gutes und schönes Werk“. Die beste Bezeichnung aber wurde ihm als „Brevier des Arbeiters“. In der Tat: der Kalender enthält hier gesammelt die Fälle des Gebotenen. Man blättert in einem Jahrbuch, dessen geistiger Gehalt ganz der Weltanschauung des modernen, auch kulturell aufgeklärten Arbeiters entspricht. Das dokumentiert sich am stärksten in den zahlreichen Zitaten, die sozialistischen oder doch freibürgerlichen Werken entnommen wurden, in den Versen der Arbeiterdichter und in den Sentenzen und Epigrammen freier Geister. Über auch das statistische Material, besonders die authentischen Reklames über annähernd 100 Organisationen fesseln das Interesse; in keinem anderen Werke finden sich diese kurzen, zuverlässigen Übersichten. Die historischen Daten, vor allem aus der Arbeiterbewegung, gehen bis in die neueste Zeit. Daß die astronomischen Angaben nicht fehlen, ist selbstverständlich. Jeder Tag bringt ein Bild, das auf ein Zeitereignis, eine Persönlichkeit usw. Bezug nimmt oder sonst eine interessante Ansicht bietet. Das „Brevier des Arbeiters“ bildet zugleich einen feinen Wandschmuck für jedes Wohnzimmer, jedes Büro. Der Kalender kostet zwei Mark; das ist nicht viel für einen so inhaltreichen Block von 768 Seiten. Jeder Arbeiter sollte ihn kaufen, um täglich Anregung, Erhebung, Wissen daraus zu gewinnen.

„Vom Märchenbaum der Welt.“ Rund um den Äquator und von Pol zu Pol breitet der „Märchenbaum“ seine Zweige. Wo Menschen sind, sind auch Sagen und Märchen. In dem vorliegenden Buche nun hat Lisa Tegner vieles von dem, was sie sonst so gut zu erzählen weiß, zu Papier gebracht. Maria Braun hat Bilder, die der kindlichen Puppe entsprechen, dazu gezeichnet, und die Büchergilde Gutenberg hat das schöne Werk in einem schmucken Gewande herausgegeben. Lisa Tegner die in ganz Deutschland bekannte „Märchenante“, beherrscht ihr Material und ist vielseitig. Da erscheint Grönland wie Australien, Skandinavien, der Balkan, Lappland, China, Indien und Afrika, Abenteuer, Mut und Stärke des einzelnen gegen die Macht des Schicksals und die Unbill des Lebens, Schalk und Humor der unverwundlichen Schelme und Räpel, Stolz der Verachteten und Armen, Weisheit und Wunder der Natur sind Pole, um die sich auch heute noch das Leben dreht. Ja, solche Bücher braucht das Arbeiterkind! Und wenn ihm ein Buch wie dies für drei Mark geboten wird, lohnt es sich schon, Mitglied der Büchergilde Gutenberg (Berlin SW 61) zu werden.

Gerhard Ude: „Der Bibelkreuz.“ Ladenpreis geb. 5 Mk., hart 3,50 Mk. Fackelkreuz-Verlag, Hamburg-Bergedorf. Der Verfasser schildert das Leben eines jungen Menschen, der vom Vater, einem ehemaligen Feldwebel, in roher Weise mißhandelt und schließlich aus dem Hause getrieben wird. Tiefste Frömmigkeit der Familienmitglieder vermögen nicht Liebe und Eintracht unter sich selbst aufkommen zu lassen. Der vor der väterlichen Roheit geschnittenen junge Mensch hat selbst schwer zu leiden unter den vom Vater durch falsche Erziehung unbewußt übernommenen schlechten Eigenschaften.

„Verbrüderung.“ Ausgewählte Dichtungen von Ernst Toller. Ausgewählt und mit einer Einleitung versehen von Walter G. Oshilewski. 1.-4. Aufl. 1929. Kart. 90 Pf., Halblein. 1,50 Mk., Halbleder 3 Mk. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. — Das vorliegende Auswahlbuch, von Walter G. Oshilewski, einem Freunde des Dichters, bearbeitet, enthält Gedichte und Szenen. Diese Auswahlbuch will den Arbeiter- und Jugendvereinigungen geeignetes Material bieten. Das Bündchen ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Kurt Biging: „Die große Fehde.“ Tiergeschichten, illustriert von Erich Bloch. Kart. 2 Mk., Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8, 1929. — Was diese Tiergeschichten aus der ganzen Gattung ähnlicher Literatur heraushebt, ist ihr weltanschaulicher Charakter. Der Verfasser, der als Biologe über eine fiefgründige Kenntnis der Tierwelt, der einheimischen wie der exotischen, verfügt, faßt sich allem Lebendigen im Geiste Buddhas oder Franz von Assisi verbrüdernd. Wir zweifeln nicht, daß das gut angeordnete, hübsch illustrierte Bündchen bei jung und alt zahlreiche Freunde finden wird. Es ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Der letzte Haberer.

Eine Geschichte bayerischen Ursprungs von Lutz.

Mit sechzig bin ich nicht übermäßig groß. Wachsen mag ich immer. Als mich unsere Großmutter in die Sache mit dem letzten Haberfeldtreiben einweihte, war ich sicher noch ein rotnasiges Bürschel. Aber halt frech. Und ein Gewerk soll ich gehabt haben wie ein Professor, kurz, wie unser allerweltsgeschickter Schulmeister. Das ist Krampf. Das heißt, wenn mich was interessiert, kann ich so was hundert Jahre lang im Schädel haben. Wer's erlebt. Gibt's ja einen geistigen Leerlauf, helf ich eben auf gut bayerisch ein weniger nach.

Also, wie gefagt, vom letzten Haberer im Bayerischen soll die Rede sein. Schützenfeste, Bauernkirmessen, Stuhlbeintanzmusiken und Maßkrugschwüngen sind bayerisch-pfälzische Karitäten. Früher kamen noch die volkstümlichen Haberfeldtreiben dazu und das beliebte Wildern. Die zwei letzterwähnten Vergnügen haben die Behörden mit dem langweiligen Einsperren der harmlosen Haberfeldtreiber dem Volk böse verfallen. Und dann haben die grünen Wilderer und Haberer gestucht: Himmelfakernent, inf mögen ma nimmi!

Nach langjähriger Pause haben die Haberer aber doch wieder mögen, und sie organisierten ihr Spektakelvergnügen. Im Krachmaden ist uns kein Volk über. Klar, wo gebobelt wird, gibts Späne, und jedes bayerische Kaff hat seine zwei, drei Sanitätslehrlingmeister.

Die friedfertigen Haberer haben alle mit schwarzen Larven vorm Gesicht ihr Vergnügen abgehalten. Der Haberermeister war eine unbekannte Person.

Um die Zeit, als mein Urgroßvater Haberer war — zum bayerisch-gemüthlichen Vergnügen, übernahm ein himmelsblaublütiger Baron zwei Ziegelfabrikanlagen. Die alte Firma verkaufte an den Ueblichen. Aus Not tat sie es nicht, aber das Geld hams halt braucht. Fabrikbesitzer zu sein, ist sicher ein leichtes Machen, denn der Herr Baron tat das, was alle Herren tun: er setzte den Lohn herunter. Nicht hinauf, bewahre, die Arbeiter würden dabei... ah... hm... uh... übermütig... frech... und... ah... rebellisch... knirschte der mit dem Adelsstempel.

Die Arbeiter murrten, stießen Drohungen aus und taten zuletzt geheimnisvoll im „Roten Ochsen“ beim Bier.

Die Alten taten giftige Reden: „Wo die Mutspennige hat er noch abgezogen, der Zippelbaron, so dem elenden Lohn...“ und die Jungen piffen durchs Zahnwerk: „Haberfeldtreiben sollt mer no anstellen können.“

Von einer festgesetzten Arbeiterorganisation war in dem schwarzen Winkel noch kein Gedanke lebendig. Nur die Behörden, der Pfarrer, halt so die Besten, sagten in ihrem goldenen Zirkel: „Lieber sollens Haberfeldtreiben, nur nit merken lassen, daß es in der Stadt rote Fachvereine, Arbeiterverbände gibt, die Streikbrüder san und Maschinenstürmer.“

In der Nähe der Ziegelfabriken stand prozig, breit, brutal wirkend, das Herrenhaus der Adelsfamilie. Der Baron fühlte sich als Selbstherrscher. Die unter ihm, ah, hm, einfach dumme Arbeitstiere. So war die Einschätzung des Herrn seinem Volk gegenüber.

Stochsinster war die Nacht. Kein Mond, kein Stern stand auf der Wacht. Im Dunkeln vor der Villa sammelte sich ein verummunter Haufen Menschen. Dreimal knallte ein blinder Schuß. Und dann warf die glöckentische Stimme des Königs vom Haberfeldtreiben die Frage unter den Volkshäufen: „Wer ist der größte Lump im Land?“

Nach kurzer Pause gab der Habererhaufen Antwort: „Der Herr Baron als Fabrikant!“

Darauf folgte ein Lärm, Hölle krachten. Eine ausgewählte Kagenmusik lärmte drauflos.

Ein Paukenschlag. Pause. Und nun kam die zornig-lühende Frage: „Wer stiehlt auch den verdienten Lohn?“ Darauf der Massen schrei: „Der adelsstolze Herr Baron!“

Jetzt war der Krach allgemein, denn der Schuß kopfüber in die Luft lärmte.



Wie ganze Umgebung war im Oben. Die Adelsfamilie mußte in adelswappengeschmückten Galawagen durch. Am Lanfriemen raffige Pferde. Und der Habererhaufen hinterher, lärmend und voll Hohngelächter.

Die Grinen von der Gendarmeriestation kamen einen halben Tag zu spät. Von Stand an ging das Anschneffeln im Dorf, in der Umgegend, in den Ziegelfabriken an.

Aber diesmal war alles Bespitzeln unmögl. Der Bürgermeister gab dem Herrn Baron den Rat: „Sie, Herr Baron, san der Mann von Bildung. Die dummen Arbeiter wissen's net besser. Zahlens denen dummen Kerls 'a alien Lohn wieder. Adels verpflichtet.“

Also kehrte er... Jaron den Großwütigen heraus und zahlte. Scheinbar aus menschlicher Rücksicht. In Wirklichkeit aus Angst vor Haberfeldtreiben.

Drei, vier Wochen später war der Bürgermeister Besitzer der Fabriken. Da nahm er sich den bei den Leuten populäreren Draufhannes her: „Hannes, ich mach dich zum Zieglermeister... an Haberermeister brauchts nimmer.“

Der Hannes lachte: „Des war des letzte Haberfeldtreiben... Wissen wer das gewiß?“ tat spitz der Bürgermeister. Gibt der Hannes Bescheid: „Ja, des wissen wer gewiß!“

Wer wir, wer is des? Ob der Zieglermeister Antwort: „No, halt die andern, meine Ziegler... a Fachvereine stellen se sich zu, später wird's a großer Verband... da heit's anpassen... die Kerls... ich was meine Ziegler... hatten sich aus Gefeg... da kann ka Nachwächter mehr breinreden.“

Und als nach Jahren die Fabrikante von ihren Gewerkschaftsverhandlungen bewegten, gestützt mit klarer Selbstbewußtheit und kameradschaftlicher Solidarität, sagten die Ordnungsmänner und

Wachwächter im Honoratiorenzimmer so im Vertrauen zueinander, der größte Geldsack zum kleineren: „Mein lieber Herr Kollege, die Zeit der Haberfeldtreiben war doch für uns bequemer, weil es ein plumpes Manöber war. Was die Arbeiter aber heute machen, ist ein geistiger Feldzug... und darin liegt die Gefahr für unsere kapitalistische Macht.“

Aber es kam über den Punkt zu keiner Diskussion. Die Geldsacke blieben stumm. Vielleicht fühlten sie: Der freie Menschengeist wird endlich Sieger sein über uns... .



Martin Andersen-Nexø. Zeichnung von Erich Döber.

Eine Martin-Andersen-Nexø-Volksausgabe

bringt die Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, für ihre Mitglieder heraus. Die Werke des jetzt sechzigjährigen Nexø waren bisher bei etlichen Verlegern untergebracht und ergaben ein in Druck und Ausstattung recht unterschiedliches Nebeneinander. Hinzu kam noch, daß der Preis der Bücher oft die Grenzen überschritt, die denjenigen gezogen sind, für die Martin Andersen Nexø eigentlich geschrieben hat. Es ist also nur zu begrüßen, daß die Büchergilde, deren Monatsbeitrag von einer Mark auch dem wirtschaftlich Schwachen den Weg zu wichtiger Lektüre öffnet, die bedeutendsten Werke Nexø als Volksausgabe — vorbildlich gedruckt und tragend billig — dem schaffenden Volke zuführt.

Unter den von der „Literarischen Welt“ kürzlich aufgezählten „Büchern, die lebendig geblieben sind“, hob Max Hermann-Nexø den großen Roman „Pelle der Eroberer“ von Nexø mit folgenden Worten hervor: „Das Meisterwerk einer Vertrauen erweckend einfachen, zuverlässigen, erlebten Proletariendichtung, ohne Parteiprogramm und Phrasenpredigt, wirksam durch die Wucht seiner handfesten Lektüremalerei.“ Mit diesem Erobererroman beginnt die Nexø-Volksausgabe der Büchergilde.

Der Roman „Pelle der Eroberer“ (erschienen im Insel-Verlag, Volksausgabe nur für die Mitglieder der Büchergilde Gutenberg) kommt als dicker Band heraus, und zwar zum Preise von 6 Mk. Das Werk, das nicht um ein Wort gekürzt wurde, ist sehr preiswert zu nennen, zumal die Mitglieder der Büchergilde die Möglichkeit haben, die Bezahlung auf das vierte Quartal 1929 und auf das erste Quartal 1930 zu verteilen.

Der Roman enthält das Schicksal einer ganzen Klasse. Pelle kommt als kleiner Junge mit seinem Vater Lasse auf einem Dampfer voll Menschenware, schwedischen Saisonarbeitern, nach der Insel Bornholm. Beide finden Arbeit auf dem Herrenhof „Steinhof“, über dem eine hohe Luft liegt — wie über allen großen Anhöfen von dem, was den vielen gehören sollte“. Als Hülfsjunge erlebt Pelle viel Schönes. Er nimmt teil an den Freuden der kleinen Leute, die so wenig Forderungen an das Leben stellen, aber er hat auch etwas von dem Frondienst zu tragen, wie er auf den großen Herrenhöfen kaum auszuweichen ist. Der kleine Pelle hat ein großes Herz, deshalb kann er nicht auf dem Ort bleiben. Er geht „in die Stadt“, zu einem Schuster in die Lehre. Die Kleinbürger sind gütigste Ausbeuter, aber Ausbeuter sind sie eben doch. Nach fünf Jahren Lehrzeit wird Pelle ein Arbeiter, zieht in die große Stadt, wohnt im Schattenviertel der Armen, gerät in Streiks und Unruhen und begriff die Notwendigkeit der Organisation. Seine Rebellennatur begrüßt die immer heftiger werdenden Kämpfe mit den Unternehmern, Niederlagen entmutigen ihn nicht. Die Liebe tritt in sein Leben, er heiratet, bewohnt mit seiner Frau eine Zweizimmerwohnung, läßt sich von der Geliebten und dem Kind eine Weile ganz in Anspruch nehmen, steigt aber bald wieder in das hochgehende Kampfgeschwimmel, nunmehr ein Mann, ein organisatorisches Talent, ein Arbeiterführer. Einmal Tages holen die Unternehmer zum großen Schlag aus. Es geht hart auf hart. Pelles persönliche Tapferkeit und sein zäher Trotz, der sich auch nicht brechen läßt, als sei familiengläubig zerstört wird, helfen den Sieg erringen. Aber Pelle muß erst noch mehr Opfer bringen: seine politischen Gegner bringen ihn ins Gefängnis. Seine Rückkehr in die Freiheit ist kein Triumphzug. Das Leben droht über ihn hinwegzugehen. Aber er nimmt den Kampf auf und führt seine Klassenbrüder zum gemeinschaftlichen Zusammenschluß zur Eigenproduktion und damit auf die breite und grade Straße des endlichen Triumphs.

Es ist nicht nur dieser Gang der Erzählung, der uns das Buch wertvoll macht. Der Reichtum des Romans ist begründet in einer unerschöpflichen Herzensgüte, die alle Gefühle und Ereignisse wie von innen heraus erdarmt. Zahllose Personen treten auf, jede ist mit einem gerechten Maß von Licht und Schatten gezeichnet, und sie ergeben in ihrer Gesamtheit ein ganzes Volk, eine ganze Zeit.

Der Roman endet mit einem Gespräch zwischen Pelle und seinem Freund, dem Dichter, der aus dem Leben Pelles einen Roman formen will. Pelle antwortet ihm: „Ich glaube nicht, daß die Arbeiter bewegen kann, es als richtiges Buch anzufassen, das ist das Ganze zu bekannt und zu gewöhnlich.“ Aber der Dichter antwortet ihm: „Sie sollen danach greifen... und vor Freude und Stolz weinen, weil sie sich selbst darin wiederfinden.“

Und die Arbeiter greifen danach, nach ihrem „Pelle“, der unerfunden zu ihnen kommt in dieser seit langem erwarteten Volksausgabe!

Wellende Blätter!

Von B. Rich.

Heinz Volke ist nun schon drei Wochen aus der Fürsorgeanstalt D. im Rheinland verschwunden.

Er hatte niemand auf der Welt. Früh haben seine Eltern, kein Verwandter nahm sich des Kleinen an. So kam er eben in die Anstalt.

Langsam schwanden die ersten Kindererinnerungen; er gab sich in sein Schicksal, denn er ahnte ja nicht das Glück der goldenen Freiheit, ahnte nichts von Elternliebe und Kindesglück. Selbstam bleich und träumerisch blieb der Junge; ein sonderbarer Glanz lag in den blauen Augen. Oft starrte er unverwandt ins Leere. Heftig suchte es dabei um seinen Mund, als verbiße er geheimes Schmerzen, oder er lächelte vor sich hin, als lockte ihn etwas Schönes.

Einstufig gingen so zwölf Anstaltsjahre hin. Nun war er sechzehn. Von der großen, weiten Welt kannte er nicht mehr als D., den Anstaltsort, und was ihm die Schulbücher sagten. „Ja, was konnte er auch mehr wissen?“ Da fand eines Tages ein alter Tappelbruder in der Anstalt, Unterküft, nachdem er schon einige Nächte im Freien kampiert. Als Entgelt für gewähltes Quartier mußte er anderen Tags auf dem Felde mitarbeiten. Auch Heinz war bei dieser Gruppe. Fast andächtig hörte er dem Tappelbruder zu, der von seinem freien Leben auf der Landstraße erzählte. Wie schön mußte doch die Freiheit sein! — Zum erstenmal wurde dem Jungen klar, was ihn oft so seltsam weich stimmte und ihn mit sehnsuchtsvollem Weh erfüllte. Es war die zwar geahnte, doch noch nie gekannte Freiheit; es war eine stille Abwehr gegen allen Zwang.

Jener Tag, an dem der Tappelbruder von seiner Freiheit erzählte, war ausschlaggebend auch für das Leben dieses Jungen. — Zum erstenmal durchwachte er eine lange Nacht.

Im Geiste sah er große Städte, sah Menschen in bunten, prächtigen Vorbereitungen, sah die nächtliche Lichtreklame, prächtige Bauten und Parkanlagen. Er schaute in lichtgrüne Seen, hörte den sehnächtigen Schlag der Wellen. Am Ufer des Stromes stand er; sah Schiffe mit schwerer Fracht vorüberziehen, hörte das Raunen und Rauschen des Waldes, und immer begehrender stieg der Wunsch auf: Freiheit — Freiheit!

Der Morgen gräute. Verstört erschien Heinz mit den anderen in der Hauskapelle. Ganz in Gedanken verfunken pergah er sogar das Kreuzzeichen zu machen. Das trug ihm eine Strafe ein. Da häumte sich alles in ihm auf. Warum nur dieser Zwang? Was hatte er denn verbrochen? — Als sie wieder bei der Arbeit waren, schlich er sich zu dem alten Tappelbruder hin, und aus der todwunden Seele des Jungen kam der unterdrückte Schrei: „Hilf mir, frei werden! — Nimm mich mit in die Welt! — Du sollst es nicht bereuen. Sobald ich Arbeit habe, will ich dir's entgelten, was du getan.“

Weim frühen Morgenrauen schiff ein ungleiches Paar kräftig aus. Von Zeit zu Zeit blieb der Jüngere stehen und sah gedüngt zurück, um dann im Weitergehen erleichtert aufzuatmen. Mitten durchs Gebüß ging ihr Weg. Am späten Abend erreichten sie das Ufer des Rheins.

Was noch einen Tag zuvor nur in der Phantasie des Jungen gelebt, war nun Wirklichkeit. „Frei! — Frei!“ jubelte er.

Lage gingen hin. Schmal genau waren die Wiesen, die man ihnen gleichsam zuwarf. Arbeit fand er nicht. Der Alte aber sah in dem Jungen nur gar zu bald einen unnötigen Ballast, den er eines Tages verließ.

So stand denn der Junge allein in der Welt. Aber er verzogte nicht.

Auf der Suche nach Arbeit fiel er Werbem der Fremdenlegion in die Hände. Obwohl er sonst noch sehr weiltremd war, hier fühlte er doch ganz instinktiv, daß er etwas Verhängnisvolles begehren wollte. In letzter Stunde noch ging er zum Jugendamt. Dieses bekam ihn dann auch wieder frei und wies ihn zurück in die Fürsorgeanstalt. So trat er wieder diesen Weg an, nachdem er Freiheit geatmet, um diese wieder mit dem alten Zwang zu vertauschen, aber auch wieder in geregelten, sicheren Verhältnissen zu leben. Doch als die Mauern der Anstalt aufstauten, beschlich ihn ein seltsam beengendes Gefühl.

„Nein, nein!“ schrie es in ihm. — „Frei sein!“

Der Zufall führte ihn nun nochmals mit dem Tappelbruder zusammen. Jetzt begann das eigentliche Verhängnis für den Jungen.

Auf eindringliches Zureden des Alten ließ sich Heinz Volke bewegen, nachts in die Anstalt einzubringen, sein eigenes Sparkassenbuch aus sicherem Verwahr zu holen. Viel war es ja nicht, was er sich erarbeitet und ihm die Leiter auf die Seite getan. Dabei geschah ihm das Mißgeschick, daß er nicht sein, sondern eines Mädchen's Buch gefaßt, das auf den Sparbetrag von 500 Mk. lautete. — Was tun? —

Noch einmal zurückgehen? — Nein, das wagte er nicht. Wieder überdeckte ihn der alte und beschwichtigte seine aufsteigenden Gewissensplagen; die Hälfte des Geldes wurde abgehoben. Schnell sorgte der alte Tappelbruder dafür, daß kein Bargeld mehr bei ihnen gefunden würde. Den größten Teil steckte er in Alkohol um. Heinz ekelte dieses Leben. Arbeiten wollte er. Ins Anstaltsgebiet auf eine Zeche wollte er gehen; dort wurden Leute gesucht. Doch er hatte ja kein Geld mehr. In dieser Not wollte er die andere Hälfte des Geldes abheben, dann ein neues Leben beginnen, ein brauchbarer Mensch werden. Er wollte sich der Freiheit wert zeigen.

Inzwischen war der Buchdiebstahl auch in der Anstalt entdeckt worden. Gleich wurden die Konten gesperrt auf der Sparkasse.

Als Heinz nun das Geld abheben wollte, wurde er verhaftet.

Zwar fand er gnädige Richter, die ihn nur zu einigen Wochen Gefängnis verurteilten. Doch der Weg in die Freiheit war ihm von neuem versperrt. Nach Verbüßung der Strafe wurde er wieder zurück in die Anstalt gebracht, wo seine Jugend und seine „verbredlichen Anlagen“ von den Ordensbrüder, den Leitern und Lehrern dieser Fürsorgeanstalt, bewacht werden sollen; denn doppelt streng muß man über solche „Früchlein“ wachen, und doppelt straff die Fägel spannen, damit ja kein Raum in der freiheitsdürstenden Seele bleibt, über Dinge nachzudenken, die nur jenen gehören, die Heimat und forgende Eltern haben.

Fünfter und verschlossen verrichtet Heinz seine Arbeit. Er ist in der Anstalt ein Gezeichnete. Selbst von seinen Kameraden wird er gemieden, denn man sieht den Umgang mit ihm nicht gern.

In einsamen Nachstunden aber, wenn alles in diesem Schummer liegt, dann wälzt sich Heinz unruhig auf seinem Lager. Jitternd krampft er die Hände in seine Rippen und stöhnt auf: „Laß mich frei, ich sterbe hier!“

Wächter und Bleicher sieht ihn jeder neue Morgen, und wenn ihm nicht bald die Freiheitsfunde schlägt, dann wird er für immer verloren sein für die menschliche Gesellschaft.

Vertrauen zur Menschheit, der Glaube ans Gute, Größe, der Drang nach Leistung — er kann nur in der Freiheit Ziel und Höhe finden. So aber muß verkümmern, was lebenshungrig nach Freiheit schreit, am Faß der Menschheit nur ein wellendes — sinkendes Blatt.

(Entnommen einem Bericht: „Aus dem Gerichtsprotokoll“)